



Wortprotokoll

über die 40. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 27. September 2017

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Schmid

3. Bürgermeisterin

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung

Protokoll

Maier, Frei, Bauert, Müller-Wallraf, Strzelczyk

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 27. September 2017

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Schmid

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Frank, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StR Offman, StRin Dr. Olhausen, StRin Pfeiler, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR Th. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StRin Wiepcke, StR Zöllner;

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Mayer, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Demirel, StRin Dietrich, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StR Monatzeder, StRin Nallinger, StR Niederbühl (RL), StR Dr. Roth;

FDP - HUT Stadtratsfraktion:

StR Dr. Heubisch (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StR Ranft (FDP), StR Zeilhofer (HUT);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann (BP), StRin Caim (BP), StR Progl (BP), StR Schmidbauer (BP);

FREIE WÄHLER:

- - -

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff;

Liberal-Konservative Reformer (LKR):

StR Schmude;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Bfm. StR	Dr. Küppers
Bfm. StR	Markwardt
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtkämmerer	Dr. Wolowicz
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Dienstaufwandsentschädigung für berufsmäßige Stadtratsmitglieder	7
Erweiterung der Energiekommission der Landeshauptstadt München	7
Lärmaktionsplanung der Regierung von Oberbayern	8
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen	8
Ökologisches Bauen	9
StR Danner:	9
StRin Rieke:	9
Parkhaus am Tierpark Hellabrunn	10
Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnen	10
Projektskizzen Masterplan Luftreinhaltung	11
OB Reiter:	11
StR Pretzl:	11
OB Reiter:	11
StR Dr. Roth:	11
OB Reiter:	13
Bfm. StRin Jacobs:	13
OB Reiter:	14
Herr Dr. Glaser:	14
OB Reiter:	15
Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM)	16
StRin Krieger:	16
StRin Haider:	19
StR Röver:	21
StR Schall:	22
StRin Rieke:	22
StR Ruff:	24

Bfm. StRin Jacobs:.....	24
StRin Krieger:.....	26
StR Ruff:.....	26
StR Röver:.....	27
Umsiedlung des Betriebshofes BAU-T22/Mitte.....	28
StRin Frank:.....	28
StR Danner:.....	29
StRin Boesser:.....	30
StR Altmann:.....	31
Bfm. StRin Hingerl:.....	32
StR Altmann:.....	33
Bfm. StRin Hingerl:.....	33
Bfm. StR Markwardt:.....	33
Bfm. StSchRin Zurek:.....	34
StR Reissl:.....	34
StR Danner:.....	35
StRin Frank:.....	35
StR Reissl:.....	36
Bfm. StRin Hingerl:.....	36
StR Schmidbauer:.....	37
Bfm. StRin Merk:.....	37
BM Schmid:.....	37
StR Dr. Mattar:.....	38
Förderung der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE).....	39
StR Richter:.....	39
BM Schmid:.....	40
StR Altmann:.....	40
BM Schmid:.....	41
Radiologische Untersuchungen zur Alterseinschätzung.....	42

<u>StR Schmude:</u>	42
<u>BM Schmid:</u>	43
<u>StR Richter:</u>	43
<u>BM Schmid:</u>	46
<u>StR Schmude:</u>	46
<u>BM Schmid:</u>	46
<u>Grundsatzbeschluss zur künftigen Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken</u>	47
<u>StR Danner:</u>	47
<u>StR Pretzl:</u>	48
<u>StR Monatzeder:</u>	48
<u>StRin Burger:</u>	48
<u>StR Ruff:</u>	49
<u>StR Danner:</u>	50
<u>BM Schmid:</u>	50
<u>StR Bickelbacher:</u>	51
<u>StR H. Schmid:</u>	51
<u>OB Reiter:</u>	52
<u>OB Reiter:</u>	53

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:00 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Dienstaufwandsentschädigung für berufsmäßige Stadtratsmitglieder

Aktensammlung Seite 5929

Beschluss:

Nach Antrag

Erweiterung der Energiekommission der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 5933

Beschluss:

Nach Antrag

**Lärmaktionsplanung der Regierung von Oberbayern
für das Umfeld der Bundesautobahnen in der
Landeshauptstadt München - Entwurf vom 26.05.2017
Herstellung des Einvernehmens nach Art. 8a Abs. 2 Satz 4 BayImSchG**

Aktensammlung Seite 5935

Beschluss:

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, 6, 7, 9 bis 12, 14 bis 16, 18 bis 20, 23, 25 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seite 5939 - 5980)

Die Bekanntgabe des Referenten zu Punkt 26 der Tagesordnung wird **zur Kenntnis genommen**.

(Aktensammlung Seite 5981)

Ökologisches Bauen

Einheitliche Bau- und Sanierungsstandards innerhalb der verschiedenen städtischen Referate und Gesellschaften Anträge Nrn. 4682, 384, 1652 und 302034

Aktensammlung Seite 5945

Beschluss (gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE., ÖDP und BIA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Dies ist unseres Erachtens ein Beispiel für besonders ineffizientes Handeln der Verwaltung. Wir haben vor vier Jahren die Anträge gestellt, Baustandards stärker zu vereinheitlichen. Derzeit bauen wir wie die Weltmeister Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindertagesstätten und Wohnungen. Nach vier Jahren bekommen wir eine Vorlage mit der es nicht möglich bzw. sinnvoll ist, Baustandards innerhalb der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften zu vereinheitlichen. Das ist für mich ein Stück weit ein Armutszeugnis. Wir können daher diesen Punkt nicht mittragen.

StRin Rieke:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das kann man natürlich so nicht stehenlassen! Richtig ist, es hat lange gedauert, bis wir eine Antwort auf diese Anträge bekommen haben. Ansonsten ist die Vorlage jedoch inhaltlich begründet. Wir halten es für richtig, keine einheitlichen Baustandards für ein Feuerwehrhaus, ein Wohnhaus, ein Schulhaus oder für Verwaltungsgebäude festzulegen. Alle haben unterschiedliche Nutzungen und dementsprechend müssen sich die Baustandards anpassen. Danke schön. - (Beifall der SPD)

Parkhaus am Tierpark Hellabrunn

**Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung
und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2125**

Harlachinger Berg (östlich), Siebenbrunner Straße (östlich)

Harlachinger Straße (westlich), Karolingerallee (nördlich)

Aufstellungsbeschluss

Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 641 vom 11.03.1970

Antrag Nr. 3751 und Bürgerversammlungsempfehlungen Nrn. 1558, 1559 und 1610

Aktensammlung Seite 5951

Beschluss (gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP und DIE LINKE.):

Nach Antrag

Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnen

**Frühe Förderung für Kinder aus bildungsfernen Familien, inklusive Fortführung
und Umsetzung der Rahmenkonzeption für KinderTagesZentren (KITZ)**

Anträge Nrn. 187 und 3084 von Die Grünen - rosa liste

Aktensammlung Seite 5961

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Projektskizzen Masterplan Luftreinhaltung
für den Mobilitätsfonds der Bundesregierung einreichen
Dringlichkeitsantrag Nr. 3416 von Die Grünen - rosa liste**

Aktensammlung Seite 5983

OB Reiter:

Mir liegt einen Dringlichkeitsantrag von Die Grünen - rosa liste vor. Hierzu gibt es sowohl eine Stellungnahme der Fachabteilung des Referates für Gesundheit und Umwelt als auch der Rechtsabteilung. Beide verneinen die Dringlichkeit. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Ich hätte nichts dagegen, wenn die Referentin kurz mündlich berichtet. Falls Sie das wünschen. Es gibt nicht viel zu sagen. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Wenn Sie für die Dringlichkeit stimmen, schlage ich vor, dass Frau Jacobs am Ende der öffentliche Tagesordnung ein paar Sätze zum derzeitigen Sachstand sagt. - (Zwischenruf) - Ja. Ich sagte, wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen. - (Zwischenruf) - Ja. Das ist richtig. - (Zwischenruf) - Bitte Herr Pretzl, Sie haben das Wort. Das habe ich noch nicht gelesen.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen die Dringlichkeit ebenfalls nicht. Einer Berichterstattung stehen wir jedoch durchaus positiv gegenüber. Allerdings müssten wir dann aus meiner Sicht die Dringlichkeit ablehnen. Im Anschluss könnten wir einen kurzen Bericht erhalten. Andernfalls hätten wir das Problem, eine eventuelle Debatte nicht mehr unterbinden zu können. - (Heiterkeit)

OB Reiter:

Das macht Sinn, wir drehen die Reihenfolge um. Wenn wir die Dringlichkeit ablehnen, können wir trotzdem die Referentin bitten, kurz zu berichten. Ist das für die Mehrheit okay? Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. - (Zwischenruf) - Bitte? - (Zwischenrufe) - Selbstverständlich können Sie das. - (Zwischenrufe) - Das können wir tun. - (Zwischenruf StR Dr. Roth) - Stadtrat Dr. Roth darf begründen, warum die Dringlichkeit gegeben ist.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begründe jetzt geschäftsordnungsgemäß die Dringlichkeit, nicht den Inhalt unseres Antrages. Die Dringlichkeit ist

aus unserer Sicht offensichtlich wegen der zeitlichen Vorgaben der Vereinbarungen zwischen den Kommunen und der Bundesregierung gegeben. Dort ist vorgesehen, im Oktober Projektskizzen und Minderungspläne vorzulegen. Die Entscheidung, was priorisiert wird, muss vorher getroffen werden.

In einem Brief des Städtetages wird als Frist zur Übermittlung der Projektskizzen für den Masterplan Luftreinhaltung der 30.09.2017 genannt. Wenn der Stadtrat seine Meinung hinsichtlich der Ausarbeitung der Projektskizze, also der Priorisierung von Maßnahmen, einbringen möchte, und der Verwaltung Empfehlungen geben oder sie anleiten will, geht das nur noch heute. Eine Behandlung in der nächsten Vollversammlung wäre zu spät. Das ist aus unserer Sicht eine offenkundige zeitliche Dringlichkeit. Den Projektplan können wir nur vor der Abgabe beeinflussen.

Zur inhaltlichen Dringlichkeit ist Folgendes zu sagen: Die Angelegenheit ist dringlich, weil sie bundesweit und europaweit diskutiert wird. Es werden derzeit Aktionspläne in London und in vielen Städten Europas veröffentlicht und diskutiert. Eine rechtliche Dringlichkeit liegt ebenfalls vor. In den Medien wurde ausführlich diskutiert, dass die Gerichte uns zu eher unausgegorenen Maßnahmen zwingen werden, wenn die Länder und Kommunen keine effektiven Maßnahmen formulieren. Er ist daher dringlich, eine richtige Priorisierung vorzunehmen.

Man könnte sagen, es ist nicht dringlich, weil es bereits vorgeschlagene Maßnahmen gibt. Was soll neu sein? Trotzdem ist eine Priorisierung wichtig. Bei einer Summe von 1 Mrd. Euro, die auf zahlreiche Städte verteilt wird, bleibt pro Stadt nicht viel übrig. Daher müssen wir aus Sicht der Landeshauptstadt München die Maßnahmen benennen, die am schnellsten wirken. Man kann nicht alle nennen. Uns wurde gesagt, wir könnten unsere Ideen einbringen. Da das Budget begrenzt ist, sollte die Landeshauptstadt München die Maßnahmen benennen, die ihr am wichtigsten sind.

Der Stadtrat kann sich nicht mehr in die Debatte einbringen, wenn er heute dazu keine Stellungnahme abgibt. Selbstverständlich können wir sagen, wir vertrauen der Verwaltung. Ich denke jedoch, bei einer derart wichtigen Frage ist es relevant, den Stadtrat zu hören. Ich schließe meinen Vortrag mit einer Bemerkung ab, die mich vielleicht etwas unbeliebt machen wird. Das Hinausschieben von dringlichen Entscheidungen führt - wie die Wahl vor Kurzem gezeigt hat - nicht unbedingt zu großem, positiven Widerhall in der Bevölkerung. Danke. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

OB Reiter:

Ich habe mich gefragt, bei welchem Tagesordnungspunkt Sie diesen Gesichtspunkt einbringen. Sie haben es ganz am Anfang gemacht. Das ist zweckmäßig, weil mehr Menschen anwesend sind, die es hören. Es ist angebracht. Wir gehen formal weiter. Ich bitte die Referentin und anschließend Herrn Dr. Glaser zur Dringlichkeit Stellung zu nehmen.

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen für diesen Antrag in der Tat keine Dringlichkeit gegeben. Wir sind gehalten, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zum 30.09.2017 eine verwaltungsinterne Projektskizze vorzulegen. Diese Projektskizze soll unter anderem zur Betroffenheit der einzelnen Kommune Stellung nehmen und darüber hinaus zu regionalen Planungsgrundlagen, die bereits bestehen.

Das heißt, es wird nichts enthalten sein, womit sich der Stadtrat nicht bereits befasst hat. Es werden Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan, Luftreinhalteplan, Nahverkehrsplan, Integrierten Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM) und dem Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM) enthalten sein. Ich möchte noch einmal betonen, das sind keine Maßnahmen, die bis ins letzte Detail ausgearbeitet sind. Es soll ein schlank gehaltener Masterplan am Ende heraus kommen, in dem bereits beschlossene und zum Teil bereits in der Umsetzung befindliche Maßnahmen enthalten sind.

Wir sehen deshalb keine Dringlichkeit. Es liegt bisher noch kein endgültiger Entwurf der Skizze, die bis zum 30.09.2017 beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur eingereicht werden soll, vor. Wir arbeiten mit allen beteiligten Referaten mit Hochdruck daran. Sie können davon ausgehen, der Stadtrat wird noch einmal befasst werden, wenn es um die finanziellen Aspekte geht. Die Förderanträge, für die wir eine Frist bis 24.11.2017 einzuhalten haben, beinhalten konkrete Maßnahmen.

Sie werden in der Sitzung der Vollversammlung im November mit diesem Thema erneut befasst. Selbstverständlich wird Ihnen zumindest bekanntgegeben, welche Anträge wir einreichen. Falls es genehmigungsbedürftige Vorschläge zu Maßnahmen sind, erfolgt die Stadtratsbefassung selbstverständlich in Form einer Beschlussfassung. Wir sehen keinen Bedarf für eine dringliche Behandlung in der heutigen Sitzung, da die Förderantragsfrist erst der 24.11.2017 ist.

Noch ein paar Worte zur Lenkungsgruppensitzung, die am 19.09.2017 in Berlin stattgefunden hat und an der ich in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters teilnehmen durfte: Es wurde in der Sitzung sehr deutlich gesagt, es ist eine Art Brainstorming-Treffen. Man möchte mit den betroffenen Kommunen die verschiedenen Förderungsparameter erarbeiten. Jeder konnte seine Themen sehr gut anbringen, hat jedoch kaum Antworten bekommen.

Es steht insbesondere nicht fest, wie die Mittel, z. B. nach Betroffenheit, nach Wirksamkeit der Maßnahme oder der Gefahr von Fahrverboten, verteilt werden sollen. Ziel dieses Fonds ist, Fahrverbote zu verhindern. Des Weiteren ist unklar, ob eine Doppelförderung möglich ist, ob Planungskosten förderfähig sind, welche Maßnahmen überhaupt förderfähig sind, ob das Land oder die Kommune komplementär zusätzlich fördern kann oder ob die Personalkosten als Eigenmittelanteil der Kommune gesehen werden können. Diese Fragen wurden alle aufgenommen, aber nicht beantwortet. Es war ein erstes brainstormingartiges Treffen. In zwei, drei Wochen soll es mehr Klarheit geben. Ich kann Ihnen leider heute nicht mehr berichten.

OB Reiter:

Ich bitte nun um die Rechtsmeinung von Herrn Dr. Glaser, damit wir auch formal alles abhandeln, was gewünscht ist.

Herr Dr. Glaser:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Ich bin der Auffassung, der Antrag ist zwar mit den Argumenten von Herrn Dr. Roth im rechtlichen Sinne dringlich, eine fachliche Dringlichkeit besteht aber nicht. Das Referat für Gesundheit und Umwelt beabsichtigt, genau das zu machen, was von Die Grünen - rosa liste beantragt wird. - (Zwischenrufe - Unruhe) - Es findet nunmehr im Stadtrat die Abstimmung über die Dringlichkeit statt. Ein Stadtratsmitglied hat sich für und ein anderes gegen die Dringlichkeit ausgesprochen. Im Anschluss findet die Abstimmung statt. - (Zwischenrufe - Heiterkeit - Unruhe) - Die Entscheidung liegt letztlich beim Stadtrat.

OB Reiter:

Bitte nehmen Sie die rechtliche Einschätzung zur Kenntnis und machen Sie damit, was Sie wollen. Kolleginnen und Kollegen, das ist bei einer Beratung immer so! Ja, vielen Dank, so ist es! Im Übrigen ist es nebenbei bemerkt das, was Ihr gerade moniert habt. Wir haben eine Rede für und gegen die Dringlichkeit gehört.

Die Dringlichkeit des Antrages wird gegen die Stimmen der Antragstellerin, der ÖDP, von DIE LINKE., der FDP und gegen eine Stimme der LKR **nicht zuerkannt**.

Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM)
Klimaneutralität München 2050
Verlängerung des Klimaschutzprogramms 2015 für das Jahr 2018
Änderung des MIP 2016 - 2020
Finanzierungsbeschluss

Aktensammlung Seite 5931

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das IHKM ist bereits fast elf Jahre alt. Eigentlich begann es im Jahr 2004 mit dem ersten Klimaschutzgutachten des Öko-Institutes. Daraufhin gab es einen Antrag von uns, einen Klimaschutzplan aufzulegen. Daraus ist dann das IHKM entstanden. In elf Jahren Klimaschutzpolitik mit relativ ehrgeizigen Zielen ist in dieser Stadt dennoch viel zu wenig umgesetzt worden, um die in Paris beschlossenen Ziele zu erreichen. Darauf gehe ich später genauer ein.

Ich möchte kurz auf das jetzige Klimaschutzgutachten, das vom Öko-Institut vorgelegt worden ist, eingehen. Wir haben die Bekanntgabe bereits im Umweltausschuss behandelt. Dort wurden die Inhalte dargelegt. Ich möchte trotzdem ein paar Punkte herausheben, um die Verbindung zum IHKM herzustellen. Das Klimaschutzgutachten hat drei Szenarien festgelegt. Wir denken, nur das dritte Szenario ist zielführend. Die Vorlage kommt zum gleichen Ergebnis: Wir brauchen möglichst schnell eine Klimaneutralität.

Es hat ebenso aufgezeigt, München muss seine Anstrengungen um den Klimaschutz deutlich erhöhen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir das aktuelle Klimaschutzziel von 1990, den CO₂-Ausstoß alle zehn Jahre um 10 % zu verringern, nicht erreichen. Wir müssen im Klimaschutz mehr tun, um 2050 endlich klimaneutral zu sein. Bis 2030 werden wir die 50%ige Reduktion nicht erreichen. Im Gutachten steht eindeutig, die Reduktion wird nicht 50%ig, sondern nur 44%ig sein. Man kann sagen, das sind nur 6 % weniger. Dieser Anteil reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen.

Mit den derzeitigen Maßnahmen haben wir immerhin eine Reduzierung, vor allem eine 33%ige CO₂-Reduktion, erreicht. Bis zum Jahr 2030 können wir die angestrebten 44 % erreichen. Das entspricht pro Kopf einem CO₂-Ausstoß von 5,3 t, im Vergleich zu 7,9 t im Jahr 1990. Vor allem die

privaten Haushalte sind hier sehr wegweisend gewesen. In den anderen Bereichen des Klimaschutzes sind wir leider noch nicht sehr weit vorangekommen.

Im Klimaschutzgutachten werden ehrgeizige Maßnahmen gefordert, beispielsweise bis 2050 einen Wert von 0,3 t pro Einwohner in München zu erreichen. Das Zwischenziel lautet: bis 2030 ein Wert von 3,0 t. Das klingt sehr ambitioniert. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind sehr ehrgeizig. Ich bin sehr gespannt, ob diese Maßnahmen wirklich umgesetzt werden. Wenn ich mir die Änderungsanträge und das, was von den anderen Fraktionen vorgelegt worden ist, ansehe, denke ich, der Stadtrat möchte diese Vorlage auf jeden Fall beschließen. Es sind viele Maßnahmen darunter, die bisher von dieser Regierung, von der GroKo, wiederholt abgelehnt wurden.

Wir müssen schneller vorankommen und beispielsweise die Maßnahmen der Neubau- und Sanierungsrate umsetzen. Wir hatten eben den Beschluss zum ökologischen Bauen mit dem Wunsch nach Vereinheitlichung von Standards. Es wurde jedoch lapidar gesagt, diese Standards kann man nicht vereinheitlichen, weil ein Feuerwehrhaus nicht mit einem Wohnhaus zu vergleichen ist. Natürlich kann man das nicht, aber man kann auf jeden Fall die Energiestandards senken. Man kann sagen - (Vereinzelt Beifall) -, man möchte Häuser im Neubau nur noch im Niedrigenergiestandard bauen oder sanieren und später nur noch Nullemissionshäuser bauen. Das wird in diesem Gutachten gefordert. Wir müssen das auch machen - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) -, um die Ziele zu erreichen. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Das Gleiche gilt für die Sanierungsrate. Bereits im Jahr 2004 stand im Gutachten des Öko-Institutes, die Sanierungsrate muss stark erhöht werden. Wir haben in dieser Stadt immer noch eine Sanierungsrate von knapp über 1 %. Damals wurde ein Anteil von 2 % gefordert. In diesem Gutachten steigt der Anteil sogar auf 4 %. Vor allem die alten Häuser sind sehr große „Energieschleudern“. Darin steckt ein riesengroßes Potenzial, um im Klimaschutz voranzukommen.

Wenn wir sie sanieren, dürfen wir es nicht nur so ein bisschen tun. Wir müssen dabei die CO₂-Werte radikal senken. Es muss eine deutlich bessere Sanierung vorgegeben werden als der momentane städtische Standard. Auch auf diesem Gebiet müssen wir vorankommen. Ich bin gespannt, wie Sie sich hierbei weiter bewegen wollen.

Zum Heizkraftwerk Nord: Die Szenarien sehen auf jeden Fall einen Ausstieg vor dem Jahr 2030 vor. Ich denke, das werden wir wahrscheinlich soundso erreichen, unabhängig davon, wie es mit dem Bürgerentscheid weitergeht. Wir hoffen in diesem Fall, dass er zur Anwendung kommt. Der

Ausstieg muss jedoch deutlich früher gelingen, weil dieser jedes Jahr eher eine deutliche CO₂-Einsparung bringt, die man nicht vernachlässigen kann,. Im Gutachten - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - steht, die Energie, die momentan im Heizkraftwerk Nord erzeugt wird, könnte ebenfalls durch den Ersatz mit einem Erdgas-KWK-Kraftwerk erreicht werden. Exakt diesen Vorschlag hatten wir im Stadtrat unterbreitet.

Zum Ausbau der Fotovoltaik: Es gab die Solarinitiative München. Das war ein „Rohrkrepierer“. Vorher gab es die Münchner Energie Agentur. Das sind alles Maßnahmen, Organisationen oder Möglichkeiten, die man geschaffen hat, um den Ausbau der Fotovoltaik voranzubringen. Diese Organisationen sind gescheitert, weil sie keine Unterstützung bekommen haben. Man wird in diesem Bereich nicht ohne finanzielle Unterstützung vorankommen. Irgendwie werden wir unseren Strom auch hier in München selbst produzieren müssen. Viele Stadträte sind anscheinend auch der Meinung, dass Investitionen der Stadtwerke München GmbH in Windkraftanlagen an anderen Orten nicht ausreichen. Wir müssen in dieser Stadt ebenso den Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien voranbringen. Das kann nicht nur mit Geothermie - das ist meist Wärme - geschehen, sondern es muss auch Fotovoltaik sein. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Ein weiterer Bereich: Konsum und Ernährung. Wir hatten letzte Woche - (Zwischenruf) - einen Beschluss zur Bio-Wiesn und zu den Bewertungskriterien für das Münchner Oktoberfest. Selbstverständlich kann man der Meinung sein, es ist ein Volksfest und dort müssen keine Bioprodukte angeboten werden. Was Sie jedoch auf den Weg gebracht haben, wird den Anteil an Bioprodukten auf der Wiesn deutlich verringern. Wir wissen, der Ernährungsbereich trägt sehr stark zum CO₂-Ausstoß bei. Wir müssen daher in diesem Bereich deutlich ehrgeiziger und schneller vorankommen.

Dazu gehört, ein Projekt wie das Münchner Oktoberfest deutlich schneller auf Bioprodukte umzustellen. Es ist eine Vorzeigeveranstaltung der Stadt und könnte somit auch Vorbildcharakter für viele andere Feste in anderen Städten haben. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - Ich bin gespannt, wie Sie das umsetzen möchten. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste - Zwischenrufe - Unruhe) - Du kannst Dich anschließend melden!- (Zwischenrufe) - Lieber Kollege Reissl, ich bin jetzt dran! - (Zwischenrufe - Glocke des Vorsitzenden) - Herr Reissl kann sich anschließend melden.

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen werden nur dazu führen, dieses Ziel zu erreichen. Bundeskanzlerin Merkel, die möglicherweise wieder Bundeskanzlerin werden wird, hat jedoch in Paris einen Vertrag unterzeichnet, in dem das deutlich ehrgeizigere Ziel beschlossen wurde, deutlich unter

dem 2°C-Ziel zu bleiben. Dazu gibt es ein Gutachten, das ebenfalls im Klimaschutzgutachten des Öko-Institutes genannt ist und folgende Feststellung trifft:

„Wenn wir die Ziele von Paris erreichen wollen, dann müssen wir die CO₂-Neutralität, die Klimaneutralität, vor 2035 erreichen.“

Das muss auch für die Stadt München gelten. Wo sollen wir anfangen? Soll das Hamburg oder Frankfurt machen? Es muss sich jede Kommune dazu bekennen. Die Klimaschutzziele müssen so gesetzt werden, dass man das erreichen kann. Alle Maßnahmen müssen auf dieses Ziel ausgerichtet sein. Wir haben deswegen - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - einen Änderungsantrag gestellt, in dem wir dieses neue Ziel einfordern. Zudem wünschen wir uns ein Zwischenziel. Es macht Sinn, ein Zwischenziel zu haben. Wir haben einmal das Jahr 2025 genannt. Wir können nicht sagen, wie hoch der Zwischenzielwert sein wird. Wie viele Tonnen CO₂-Ausstoß pro Person könnten es in München sein? Das müsste man berechnen. Das Ziel muss demnach lauten, die Klimaneutralität deutlich vor 2035 zu erreichen.

Ich komme zum Änderungsantrag der SPD. Dieser klingt erst einmal relativ harmlos, wenn man ein bisschen genauer hin sieht, steht dort allerdings: Die Stellen im Referat für Gesundheit und Umwelt sollen nicht evaluiert werden. Möchten Sie diese Stellen nicht? Was hat es mit der Entfristung der Stellen der Klimaschutzmanagerin und -manager auf sich? Möchten Sie keine neuen Fachkräfte einstellen, um das IHKM umzusetzen? Ohne Personal werden wir die ehrgeizigen Maßnahmen des neuen IHKM, das an einem anderen Klimaschutzziel orientiert ist, nicht erreichen.

Es macht mich ein bisschen stutzig, alles auf November 2017 zu verschieben. Sie möchten es wahrscheinlich noch genauer miteinander diskutieren und vielleicht noch einmal überlegen, ob Sie alles mittragen wollen. Wir werden insofern diesen Änderungsantrag nicht mittragen. Ich stelle fest: Grundsätzlich ist die Vorlage auf dem richtigen Weg, aber das Ziel ist immer noch nicht ehrgeizig genug. Vielen Dank. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne von der SPD eine Begründung ihres Änderungsantrages hören. - (Zwischenrufe) - Ich habe mit meiner Wortmeldung bereits ein bisschen gezögert. Uns liegt eine Vorlage zu einem sehr wesentlichen Thema dieser Tage vor. Es geht mir persönlich zwar auch um das Abkommen aus Paris, viel mehr jedoch noch

um das, was dahinter steht, nämlich unseren Planeten. Das ist zwar ein bisschen hoch aufgehängt, aber ich möchte im Moment nicht in der Karibik, Houston oder Asien wohnen. Dort hat man tatsächlich massive Konsequenzen aus dem Klimawandel zu ertragen.

Bei uns denkt man manchmal: Vielleicht bekommen wir toskanische Verhältnisse. Es wird ein bisschen wärmer und netter. Ich denke, das trifft nicht zu. Wir werden auch bei uns tatsächlich Wetterereignisse haben, die nicht lustig sind. Beim Paris-Ziel von 2°C gehen wir definitiv von einer Erwärmung aus. Das heißt, unsere jetzigen Wetterextreme werden noch schlimmer. Wir werden in München eventuell Überschwemmungen, Hitzeereignisse oder Starkregen haben. Das wird wirklich nicht lustig! Wenn wir uns mit diesen Dingen nicht beschäftigen und Umsetzungen beschließen - und zwar bald - , werden wir unser Geld in Zukunft für den Wiederaufbau verwenden müssen. Den Wiederaufbau werden wir immer wieder nach solchen Ereignissen leisten müssen.

Ich begrüße die Festlegung von Zielen. Es sollte die erste Maßnahme sein, konkrete Ziele zu nennen, die wir erreichen wollen. Die Ziele, sowohl von Die Grünen - rosa liste als auch in der Vorlage, sind sehr ambitioniert. Im Moment sind wir davon sehr, sehr weit weg. Ich möchte noch einmal die Relation zu den geforderten 3 t pro Einwohner aufzeigen, allein mein Wert liegt bei über 10 t. Ich habe vor Kurzem einem Mitarbeiter des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH zugehört. Er sagt, er hat ein Niedrigenergiehaus, kein Auto und fliegt nur einmal in fünf Jahren.

Trotzdem kommt er auf 5 t CO₂ pro Jahr. Das heißt, selbst wenn wir heftig sanieren, Niedrigenergiestandards ansetzen und eine Verkehrswende haben, kommen wir noch nicht zu diesem Ziel, das wir uns hier vornehmen. Wir brauchen in unserer Gesellschaft und in unserer Stadt tatsächlich heftige Maßnahmen, einen großen Wandel.

In der Vorlage stehen Ziele, die ich sehr begrüße. Aber es fehlen die Maßnahmen. Diese müssen weitaus umfangreicher sein als bisher. Wir gehen in München mit unserem Ausstieg aus der Kohle voran. Ich hoffe, dass uns die Bürger folgen. Aber die Stadt kann noch sehr viel mehr tun. Es reicht nicht zu sagen, es erfordert große Anstrengungen, aber wir warten auf die Rahmenbedingungen der EU und der Bundesregierung. Wir werden sehen, wann wir eine neue Bundesregierung haben. Im nächsten halben Jahr werden wir auf jeden Fall selbst unsere Maßnahmen finden und aktiv werden müssen. In der Vorlage steht, die kommunale Ebene hat wenig zu beeinflussen. Das stimmt nicht. Wir auf der kommunalen Ebene sind diejenigen, die umsetzen und tatsächlich etwas bewegen. Wir bekommen zwar die Rahmenbedingungen von oben gesetzt, können aber hier umsetzen. Wir können Rad- und Fußwege bauen, den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und die

Standards fürs Bauen anders setzen. Für uns gibt es sehr viele Möglichkeiten, um bereits jetzt handeln zu können, und das müssen wir auch tun. Deshalb fordere ich, dass das nächste IHKM Maßnahmen darstellt, um diesem Ziel näherzukommen. So viel zu dem sehr großen Bereich.

Zum Antrag der Grünen: Ja, ich bin auch für noch konsequenteres Handeln, aber es müssen die Maßnahmen folgen. Diese fehlen mir im Moment noch von der Verwaltung. Es wird eine große Anstrengung erforderlich sein. Aber ich bin überzeugt davon, dass das für unseren Planeten, aber insbesondere für uns, die wir darauf wohnen, und für unsere Kinder und Enkelkinder wichtig ist. Noch zum Antrag der SPD: Ich hätte gerne eine Erklärung von der SPD, weil ich nicht ganz verstehe, worum es geht. Mit dem Ziel bin ich einverstanden. Hinsichtlich der Maßnahmen des RGU und der Verlängerung des IHKM um ein Jahr, wobei nicht drinsteht, was wir außer einem weiteren IHKM für die nächsten drei Jahre machen, scheint mir der Antrag der SPD wie eine Vertagung in den November zu sein. Das hätte ich gerne geklärt; denn die Maßnahmen sind wichtig. Danke.

StR Röver:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD steht hinter diesen ambitionierten Zielen, die wir heute verabschieden. Ich möchte auf die Nachfragen eingehen und einiges zu unserem Änderungsantrag klarstellen. Wenn man sich die Vorlage durchliest, wird in Ziffer 4 klar, dass es eigentlich eine Evaluierung hätte geben sollen. Aufgrund des zeitlichen Verfahrens wurde darauf zunächst einmal verzichtet. Wir halten es aber schon für wichtig, die bereits erfolgten Maßnahmen zu evaluieren und dann zu schauen, welche sinnvoll sind und wo wir noch mehr tun müssen. Von daher sagen wir ein klares Ja zu diesen Zielen, so schwer sie auch zu erreichen sind. Aber wir stellen uns der Verantwortung. Wir wollen aber für die Maßnahmen stimmen, die uns voranbringen. Deshalb liegt Ihnen der Änderungsantrag vor.

Ich muss eine Kleinigkeit klarstellen: Ja, wir müssen in dem Bereich weiterarbeiten. Wer sich das Gutachten durchgelesen hat, wird auch gelesen haben, dass wir nur mit 40 % der CO₂-Einsparung verantwortlich sind. Die anderen 60 % werden auf Bundesebene beschlossen. Ich bin gespannt, was in den nächsten Monaten und Jahren auf Bundesebene in diesem Bereich passieren wird.

- (Unruhe)

Im Bereich des Personals ging es uns darum, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heute zu verdeutlichen, dass wir nicht darüber nachdenken, irgendwelche Stellen zu streichen, sondern diese Stellen für den Klimaschutz erhalten wollen. Ergo: Wir wollen im November, wenn die Evaluierung vorliegt, was mir von der Referentin zugesagt wurde, über die konkreten Maßnahmen im Bereich

der Verlängerung des bestehenden IHKM diskutieren. Dann führen wir im Sommer 2018 die Diskussion über das folgende IHKM. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. - (Beifall der SPD)

StR Schall:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Auch wir finden es richtig und wichtig, dass wir die Klimaschutzziele, die sich die Welt in Paris gegeben hat, mittragen und konsequent weiterführen. Die angesprochenen Maßnahmen sollen im Klimaschutzprogramm 2019 stehen, das im nächsten Jahr verabschiedet wird. Es ist wichtig und richtig, dass man ambitioniert herangeht und dem Ganzen Nachhaltigkeit verleiht. Wir stehen definitiv zum Klimaschutz. Wir stehen auch zu den Klimaschutzmanagern, werden dem Änderungsantrag der SPD zustimmen und die Ergebnisse der Evaluierung genau ansehen. Dem Änderungsantrag der Grünen können wir leider nicht zustimmen und freuen uns im Endeffekt auf die Ziele. Im nächsten Jahr werden wir gemeinsam die richtigen weiteren Schritte beschließen.

Danke. - (Beifall der CSU)

StRin Rieke:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte haben die ersten beiden Rednerinnen „heftige“ Maßnahmen gefordert. Wir brauchen eine grundsätzliche Wende. Was diese „heftigen“ Maßnahmen sind, wurde allerdings relativiert, indem es darum ging, dass wir zusätzliche Fuß- und Radwege bauen und die Standards im Wohnungsbau verringern. - (Heiterkeit) - Genau so hat es die Kollegin der ÖDP gesagt. Das wird uns nicht weiterbringen.

Wir wissen auch jetzt schon, dass in den vergangenen Jahren das Programm der Stadtwerke den weitaus größten Teil erbracht hat. Dazu gehören die Schaffung erneuerbarer Energien und der Ausbau der Fernwärme. Das ist der entscheidende Punkt. Es gab viele andere Maßnahmen, die aber, anders als dargestellt, vor allen Dingen die Verwaltung betroffen haben. Die städtische Verwaltung ist durch die Maßnahmen, die im IHKM seit Jahren durchgeführt wurden, enorm „saniiert“ worden. Das war der wesentliche Einsparungserfolg.

Daneben gab es eine Reihe von Maßnahmen, wie etwa das Fifty-fifty-Programm, das auch in die Gesellschaft hineinwirkt. Gerade da haben wir noch großen Nachholbedarf. Deshalb haben wir bereits vor eineinhalb Jahren beschlossen, dass es einen Klimaschutzaktionsplan geben wird, mit dem gerade die normale Gesellschaft und jeder Bürger aufgerüttelt werden soll.

Wir haben beim letzten IHKM dafür gesorgt, dass insbesondere Gewerbe und Industrie angesprochen werden und reichlich Förderprogramme entstehen, die gut angenommen werden. Wenn es hier jetzt so aussieht wie eine Vertagung - Frau Haider, genau das ist gemeint, nämlich eine Vertagung des weiteren Beschlusses der bisherigen Maßnahmen. Wir wollen wissen, ob sie gegriffen haben. Wenn nicht, investiert man in solche Maßnahmen kein Geld. Da die Evaluierung ohnehin schon läuft und nur überholt wurde, wollen wir nur mit der Evaluierung bis November warten. Alles andere soll bereits heute beschlossen werden. Das sieht man deutlich in Ziffer 10 des Änderungsantrags der SPD:

„Wie im Antrag der Referentinnen und Referenten.“

Ziffer 10 betrifft die Stellen. Ich weiß daher nicht, wo das Problem ist. Ich möchte noch auf das eingehen, was Frau Krieger eben genannt hat: Beim ökologischen Bauen sollte an den Niedrigstenergiestandard herangegangen und dieser auf jeden Fall unterstützt werden. Das Gutachten sagt dazu etwas. Ich will Ihnen gerne die Kurzfassung vorlesen:

„Im Neubau müssen bereits heute Standards realisiert werden, die kompatibel zu einem klimaneutralen München sind. Auch im fernwärmeversorgten Bereich „- nämlich dort, wo wir jetzt überwiegend bauen, insbesondere in den großen neuen Entwicklungsgebieten - „dürfen grundsätzlich keine Abstriche bei den hohen energetischen Standards gemacht werden, da auch die erneuerbaren Energien nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen.“

Sicherheitshalber habe ich mich bei den Stadtwerken noch einmal erkundigt, ob es tatsächlich so ist, dass die Erdwärme nicht ausreichend lange zur Verfügung steht, um die Gebäude, die wir heutzutage bauen, tatsächlich zu wärmen. Das ist nicht der Fall. Selbstverständlich wird die Fernwärme sehr lange ausreichen. Aber richtig ist: Alles auf der Welt ist endlich. Irgendwann geht auch die Sonne aus. Insofern ist diese Argumentation völlig unsinnig, insbesondere hinsichtlich unserer fernwärmeversorgten Bereiche. Die tatsächlichen Maßnahmen, die „heftigen“ oder wie auch immer sie beschrieben werden, beschließen wir im nächsten Jahr, nachdem das RGU sie erarbeitet hat. Ich gehe davon aus, dass wir im November eine Verlängerung des laufenden IHKM um ein Jahr beschließen, damit es keine Lücke gibt.

Danke schön. - (Beifall der SPD)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe großes Verständnis für das Ansinnen der SPD, die bisherigen Programme genauer in den Blick zu nehmen, zu evaluieren und zu schauen, was an diesem Klimaschutzprogramm funktioniert und was nicht. Insofern kann man das stützen, dass man sich die Evaluierung anschaut und dann weiterdenkt. Eines ist für mich aber klar: So sehr man in die Details gehen muss, um zu sehen, was funktioniert, so deutlich wird es, dass die bisherigen Programme nahezu gescheitert sind. Wir haben etwa 140 Mio. € ausgegeben.

Ich möchte das Scheitern mit Zahlen verdeutlichen, die von anderen Rednern hier vorgetragen wurden. Frau Krieger hat gesagt, wir haben in München inzwischen eine CO₂-Einsparung von 33 %. Herr Röver hat gesagt, die Kommune könne nur 40 % der Einsparung verantworten. Der Rest sind Effekte von außen. Tatsache ist, dass man mit dem bisherigen Klimaschutzprogramm, das die Kommune zu verantworten hat, 1,5 % eingespart hat. Das entspricht keinen 40 %. Insofern hinken wir dramatisch hinter dem her, was uns Bund, Land und Europa vorgeben. Es sind Einsparungen geschehen, aber der Bereich, den wir zu verantworten haben, bleibt bei 1,5 %. Das ist popelig. Wenn wir auf 40 % kommen und diesen Verantwortungsbereich wahrnehmen wollen, müssen wir uns dramatisch steigern. - (Beifall von der ÖDP)

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne noch ein paar Worte zu der, wie ich meine, bahnbrechenden und weitreichenden Vorlage sagen. Es ist deshalb bemerkenswert, weil sich neun Referate dieses Ziel setzen und darauf aufbauend entsprechende Maßnahmen entwickeln wollen, wie ein klimaneutrales München 2050 in unserem kommunalen Umgriff überhaupt möglich und machbar ist. Ganz entscheidend ist, dass wir mit der gesamten Stadtverwaltung Hand in Hand gehen. Der Dialog im letzten Jahr war sehr konstruktiv. Ich bedanke mich bei allen, die seitens der beteiligten Referate daran teilgenommen haben, weil Klimaschutz alle angeht, innerhalb der Verwaltung, aber auch innerhalb der Stadtgesellschaft.

In den Wortbeiträgen kam zum Ausdruck: Wir als Kommune können es nicht alleine. Wir sind in einen größeren Kontext eingebunden. Wir sind in die Klimaschutzziele eingebunden, die uns der Bund und die Weltgemeinschaft in Paris vorgegeben haben. Wir sind eingebunden in den Klimaschutzplan des Bundes, der bis dato noch keine wirklich weitreichenden Maßnahmen auf der Grundlage des Klimaschutzplanes erlassen hat. Ich bin aber guter Dinge, dass der Bund weiterkommt. Dass wir auch weiterkommen müssen, ist wohl allen klar, auch dem Bund. Deshalb setze ich sehr darauf, dass sich die Rahmenbedingungen ändern, die uns helfen werden, dieses Ziel zu

erreichen. Dennoch müssen wir weiter in unserem eigenen Bereich, den wir beeinflussen können, gründlich prüfen, was wir tun können, um dieses Ziel zu erreichen. Das wollen wir mit allen beteiligten Referaten.

Der Klimaschutzaktionsplan wird ein weiterer wichtiger Baustein sein, um diese Klimaschutzziele tatsächlich zu erreichen. Die Stadtgesellschaft muss besser motiviert werden als bisher. Deshalb ist im eigenen Bereich und im eigenen Haushalt zu prüfen, was getan werden kann, um mehr CO₂ einzusparen. Die Low hanging fruits sind geerntet. Auch das macht das Gutachten des Öko-Instituts deutlich. Wir erreichen zwar eine Einsparung von 44 % und sind damit rein rechnerisch sechs Prozentpunkte vom gesetzten Ziel der 50 %igen CO₂-Reduktion, bezogen auf das Referenzjahr 1990, entfernt.

Herr Ruff, ich möchte nicht sagen, dass wir mit unserer Klimaschutzpolitik bisher komplett gescheitert sind. Aber uns allen ist klar, dass die Low hanging fruits in diesem Bereich geerntet sind und wir neue Wege gehen müssen im Schulterschluss mit unserer Stadtgesellschaft und unter den Vorgaben, die uns der Bund und die Europäische Union, beispielsweise beim Gebäudebereich, geben. Wir können, außer durch Anreize, kaum beeinflussen, wie ein Privater baut. Wenn ein Gebäude-Energiegesetz mit entsprechenden Vorgaben kommt, wird das einen anderen Durchschlag haben als unsere Anreizprogramme. Da bin ich mir sicher.

Gleiches gilt auch für den Verkehr und für den Energiesektor. Hier haben wir viel erreicht. Frau Kollegin Rieke hat schon gesagt, dass gerade im Energiebereich, insbesondere seitens der Stadtwerke, viel gemacht worden ist. Es ist sicher richtig, weiter in die erneuerbaren Energien zu investieren, auch in den Fernwärmebereich, die Geothermie schnellstmöglich auszubauen. Ich glaube aber auch, wir müssen künftig noch stärker auf die dezentrale Energieversorgung setzen. Das sehe ich genauso wie Frau Kollegin Krieger. Wir können und möchten im Bereich PV noch einiges tun. Das ist ein Teil, den wir jetzt gemeinsam mit allen beteiligten Referaten erarbeiten wollen. Wir wollen dies dem Stadtrat im nächsten Herbst vorstellen.

Für mich ist es eine sehr wichtige Vorlage. Sie ist bahnbrechend und wird unser Handeln in den nächsten Jahren beeinflussen. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Stadtrat diesen Zielen zustimmen würde. Es ist der Systematik geschuldet, dass wir heute erst den Zielen zustimmen und uns als Verwaltung in einem zweiten Schritt daranmachen, die Maßnahmen zu entwickeln.

Das hehre, ambitionierte Ziel muss natürlich erst einmal feststehen, bevor wir uns an die Arbeit machen. Das ist auch im Sinne einer effektiven Verwaltung ganz wichtig. Vielen Dank.

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP und DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der SPD wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, LKR und BIA **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentinnen und Referenten unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der SPD gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste und BIA **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind natürlich nicht grundsätzlich gegen diese Ziele, die beschlossen wurden, und möchten auch, dass mindestens diese Ziele umgesetzt werden. Aber den Änderungsantrag der SPD halten wir für gefährlich, weil wir nicht wissen, was im November passiert. Wir wollen die Entscheidung nicht bis November verschieben. Wir möchten, dass jetzt die Stellen entfristet werden. Danke. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste - StR Reissl: Es ist doch nicht üblich, dass man nach einer Debatte eine Erklärung zur Abstimmung abgibt!)

StR Ruff:

Da ist es schon üblich, dass man eine Erklärung zur Abstimmung abgibt. Der Änderungsantrag der SPD, der mehrheitlich angenommen wurde, führt dazu, dass wir im November noch einmal über das Maßnahmenpaket abstimmen können. Wir behalten uns vor, im November zuzustimmen oder dagegen zu stimmen. - (StR Dr. Mattar: Das tun wir alle! - Heiterkeit)

StR Röver:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch zu Protokoll geben, dass mit Mehrheit der Stimmen beschlossen wurde:

„Der Münchner Stadtrat beschließt die dauerhafte Einrichtung der Stellen im Klimaschutzmanagement entsprechend der Antragspunkte in Teil B.“

Umsiedlung des Betriebshofes BAU-T22/Mitte
Abbruchkosten zur Geländefreimachung
für die Neubebauung
Kagerstraße 9
16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach
Abbruchkosten (Kostenschätzung) ca. 720.000,00 Euro

Aktensammlung Seite 5937

StRin Frank:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Dankeschön an das Kommunalreferat, das unseren Änderungsantrag, den wir bereits im Ausschuss gestellt hatten, weitestgehend umgesetzt hat. Wir sind allerdings der Ansicht, dass dieser Weg noch konsequenter zu Ende gegangen werden könnte. Im jetzigen Antrag des Referenten stehen in Ziffer 2 aus meiner Sicht zu viele „Vielleicht“, „Wenn“ und „Falls“. Wir haben Ihnen deshalb einen neuen Änderungsantrag ausgeteilt, der insbesondere vorsieht, dass wir die möglichen Ausweichrouten schon im Vorfeld streichen, um so dem Willen des Stadtrats ein bisschen mehr Gewicht zu verleihen.

Wir halten uns an den Grundsatzbeschluss zur Vergabe der städtischen Gewerbegrundstücke, den wir heute vermutlich auch noch beschließen werden. Darin heißt es nämlich, dass das Planungsreferat beauftragt werden soll, eine Vorgabe für die bestmögliche Flächennutzung zu entwickeln. Wenn wir einem Dritten vorgeben, wie es funktionieren soll, sollten wir als Stadtverwaltung mit bestem Beispiel vorgehen und uns selbst an diese Maßgabe halten. Aus diesem Grunde bitte ich, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Der wesentliche Punkt ist, dass es nicht zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen kommen darf, was die neuen Planungen angeht. Dass es zu keinen zeitlichen Verzögerungen kommt, wie bislang im Antrag des Referenten vorgesehen, wird wohl nicht funktionieren. Das Wesentliche ist, dass der Zeitplan so gut es geht, eingehalten werden kann. Ich darf Sie deshalb um Zustimmung bitten.

Zum Änderungsantrag der Grünen kann ich Ihnen sagen, dass wir diesen so nicht mittragen können, weil er uns wiederum etwas zu weit geht. Insbesondere heißt für mich eine flächensparende Lösung nicht zwingend „mehrgeschossig“, aber „möglicherweise mehrgeschossig“. Ich möchte die Prüfungen nicht einschränken und nicht vorgeben, dass es mehrgeschossig werden soll. Es soll

eine Möglichkeit bleiben. Alles andere ist in unserem Änderungsantrag schon enthalten, sodass wir diesem Änderungsantrag der Grünen nicht zustimmen müssen.

Herzlichen Dank. - (Beifall der CSU)

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es kommt nicht allzu oft vor, dass wir im A-Teil des Plenums über einen Betriebshof diskutieren. Das ist in der Regel auch nicht das große Aufregertema. Aber aufgrund der Flächenknappheit, die immer heftiger wird, hat sich der Kommunalausschuss entschieden, dieses Thema mit dem Antrag der CSU in das heutige Plenum zu vertagen.

Wichtig ist zu Beginn meiner Ausführungen: Es geht uns auch sehr stark darum, dass die Betriebsabläufe funktionieren - bei aller Verdichtung, die wir vorschlagen werden. Es geht um Rangierflächen, um Lagerflächen und um außergewöhnliche Betriebszeiten. Das ist nicht unbedingt mit Wohnen oder mit Kindertagesstätten verträglich. Der Vorrang der Betriebsabläufe ist auch für uns eindeutig und klar. Das möchte ich noch einmal herausstellen.

Nichtsdestotrotz handelt es sich bei 16.500 qm um eine erhebliche Fläche. Das entspricht ungefähr zweieinhalb Fußballfeldern. Wir sind schon der Meinung, dass man da einiges unterbringen kann. Wir sollten auf alle Fälle gegenüber anderen Gewerbetreibenden Vorbild sein und dieses Areal möglichst verdichtet bauen. In der Vergangenheit haben wir zahlreiche Initiativen zum Thema flächensparende Gewerbebauten in die Wege geleitet. Wir haben heute im B-Teil in TOP 17 dieses Thema noch einmal.

Der Antrag der CSU geht eindeutig in die richtige Richtung. Es ist auch erfreulich, dass das Kommunalreferat diesen Antrag aufgegriffen hat. Unseres Erachtens führt er aber nicht weit genug, z. B. was die Verdichtung betrifft. In Anlage 3 ist dargestellt: Wir haben an der Kagerstraße ein ebenerdiges Gebäude für Sozialräume. Nebenan haben wir ebenerdige Gebäude, Lagerflächen, Stellplätze etc. Wir sind eindeutig der Meinung, dass wir diese Sozialräume in das erste Obergeschoss verlagern könnten. Dann hätten wir erstens eine platzsparende Lösung und zweitens auch eine Lärmschutzbebauung für die dahinterliegenden Wohngebäude zum Mittleren Ring hin. Wir könnten also durch eine solche Maßnahme mehrere positive Effekte erzielen.

Das Baurecht soll unseres Erachtens möglichst optimal ausgenutzt werden. Es gibt innerhalb der Stadtverwaltung eine Reihe von Bedarfen. Ob sie hier angemeldet werden oder nicht. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Wo das Gebäude für die Sozialräume im Plan steht, könnte man auch andere Nutzungen zulassen. Wir haben Bedarfe für Museumsexponate. Wir haben Bedarfe im Kreativ-Bereich, und wir haben auch Bedarfe für Übungsräume etc. pp. Beispielsweise wäre es auch mit einem Zugang von außen möglich, der nicht zwingend über das Gelände mit den Rangierflächen führen muss. Wir könnten hier ein Gebäude auch für andere Nutzungen bereitstellen, ohne das Betriebsgelände betreten zu müssen.

Zum Änderungsantrag noch einmal: Uns ist wichtig, dass wir das Thema „mehrgeschossig“ mit aufnehmen. Zu der Überlegung, ob letzten Endes alle Gebäude mindestens zweigeschossig sein müssen oder ob im inneren Bereich davon abgesehen werden kann, wenn für das Baureferat im Obergeschoss keine adäquaten Nutzungen ermöglicht werden: Wenn das eine oder andere Gebäude oder eines in der Mitte letzten Endes nur eingeschossig genutzt werden kann, wäre das auch nicht der ganz große Beinbruch. Aber grundsätzlich möchten wir, dass hier mehrgeschossig gebaut wird.

Uns ist wichtig, der Bezirksausschuss wird in die weitere Abstimmung mit eingebunden. Beim Zeitablauf geht es uns nicht darum, möglichst keine Verzögerungen etc. zu haben, sondern das einzig Entscheidende ist das Schulprojekt am Ratzinger Platz. Wir müssen eine Planung und eine bauliche Realisierung erreichen, damit das Schulprojekt am Ratzinger Platz nicht beeinträchtigt wird. Das ist die Marschroute, die wir in dem letzten Absatz fordern. Die Einschränkungen von CSU und vom Kommunalreferat gehen uns einfach nicht weit genug.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz. -

StRin Boesser:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das ist in der Tat etwas ungewöhnlich. Wir beraten hier über einen Bauhof, zumal es ursprünglich eine Vorlage im Kommunalausschuss war, in der über die Abbruchkosten der bestehenden Gebäude an der Kargerstraße beschlossen werden soll. Dass das jetzt in einen Diskurs über Planung und Flächennutzung ausartet, war nicht zu erwarten gewesen.

Die SPD-Fraktion begrüßt auch die Vorschläge, das Baurecht auf dem Grundstück optimal auszuschöpfen und dort möglichst viele Nutzungen unterzubringen. Damit können wir uns sehr anfreunden.

Wir haben jetzt die Bitte an die Baureferentin, einmal zu erläutern, was auf dem Grundstück überhaupt möglich ist. Prüfen kann man alles, ebenso das Ziel setzen, dort mehr Nutzungen unterzubringen. Das ist auch richtig. Uns ist es sehr, sehr wichtig, dass es auf keinen Fall zu einer Verzögerung kommt. Die Einschränkung „erhebliche Verzögerung“ ist uns zu ungenau. Was ist eine „erhebliche Verzögerung“? Ist das ein halbes Jahr? Ist das ein Jahr? Sind das drei Monate? Wir können uns keine zeitliche Verzögerung leisten und lange Zeit mit anderen Themen verbringen, weil verschiedene Projekte, wie eben das Schulprojekt am Ratzinger Platz, eingetaktet sind. Wir wissen alle, wie dringlich die Schulbauprojekte und die Schulbauprogramme in der Stadt sind. Da darf auf keinen Fall irgendeine Verzögerung eintreten. Ich würde die drei beteiligten Referenten noch einmal bitten, darzustellen, wie weit es zur Verzögerung käme. Das Ziel finden wir richtig, das Schulprojekt möchten wir aber nicht gefährden.

Zur Erinnerung: Es geht hier um die Bewilligung von Abbruchkosten in Höhe von 80.000 €. Das Projekt ist noch an der Kargerstraße. Damit hätte man sich auch im Bauausschuss oder im Planungsausschuss beschäftigen können.

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen. Ich warte auch auf die Erläuterungen der Referentin zu den beiden Anträgen und den erheblichen Zeitverzögerungen.

Wir haben die Diskussion in diesem Bereich ausgedehnt. Wir brauchen natürlich Möglichkeiten, Flächen für die Verwaltung zu generieren. Wir wissen alle, Verwaltungsbauten sind dringend notwendig. Wenn wir Flächen haben, die wir etwas erweitern können, wo es sich anbietet, dann sollte man das gleich mit prüfen.

Das Schulprojekt darf dadurch natürlich nicht verzögert werden. Ich befürchte, wenn weitere Planungen dazu kommen, wie eine mehrgeschossige Bebauung, wird das unweigerlich zu einer gewissen Zeitverzögerung kommen. Dann lässt es sich nicht so einfach realisieren. Es muss bei allen Referaten abgefragt werden, ob Flächen zur Verfügung stehen. Das wird Zeit beanspruchen. Deswegen sollten wir uns darauf verständigen, was „keine erheblichen zeitlichen Verzögerungen“ heißt.

Zum Antrag der Grünen: Ich glaube, dieser ist durch die gestrige Diskussion im Kom.KA (Kommunalreferat/Kommunal-Ausschuss) entstanden. Deswegen wurde noch schnell versucht, einen Änderungsantrag zu formulieren, der sich ein bisschen vom CSU-Antrag abhebt. Wenn es „flächensparende mehrgeschossige Lösung forcieren“ heißt, würde mir „wenn baurechtlich möglich“ genügen. Ich brauche nicht den Einschub „mindestens zweigeschossig“, wenn es sowieso mehrgeschossig ist. Genauso verhält es sich mit „in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss“. Das ist nur eine Floskel. Der Bezirksausschuss hat ein Anhörungsrecht und wird seine Stellungnahme zur Vorlage abgeben. Das wurde nur hier ergänzt, um sich ein bisschen von der CSU abzugrenzen. - (allgemeiner Beifall)

Bfm. StRin Hingerl:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Zunächst bitte noch einmal zur Klarstellung, in der Vorlage des Kommunalreferats wird richtig dargestellt: Die Anlage zum Beschluss im Lageplan ist nicht die aktuelle Planung, sondern die Machbarkeitsstudie zur Prüfung, ob eine Verlagerung Sinn macht. Die aktuelle Planung würde nie so flächenexzessiv ausschauen. Wir sind in der Vorplanung. Bereits vor der Behandlung im Kommunalausschuss sind auf der Arbeitsebene mit den Architekten verschiedene Varianten entwickelt worden. Wir wollen bei jedem Bauprojekt möglichst optimale flächensparende und wirtschaftliche Lösungen entwickeln. Ich bin der Meinung, durch die Auflösung dieses Sozialgebäudes an der Kargerstraße können wir diese Nutzung in einem Obergeschoss unterbringen. All die anderen Nutzungen gehen natürlich nicht in ein Obergeschoss. Insofern kann ich Ihnen den Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste, gesamt mehrgeschossig zu werden, nicht empfehlen. Ich kann die Sozialräume ins erste Obergeschoss packen, aber keine Lagerflächen oder Garagen. Dann können wir auf den Riegel für das Sozialgebäude an der Kargerstraße verzichten und den Riegel von der Chiemgaustraße hinüber verlagern. Das höchste Baurecht - und das haben wir mit dem Planungsreferat geklärt - haben wir in der Chiemgaustraße, nämlich bis zu sieben Geschosse Baurecht. Das Planungsreferat kann sich dort sogar Wohnen vorstellen.

Jetzt haben wir eine sehr lärmexponierte Lage: Die Chiemgaustraße im Süden ist laut und der Betriebshof im Norden ist ebenfalls laut. Allerdings hat dieser Unterhaltsbezirk normale Betriebszeiten von 07:00 Uhr morgens bis 07:00 Uhr abends und keine Nacht-Ausrückzeiten wie bei der Straßenreinigung. - (Zwischenruf) - Nein, es ist ein reiner Straßen-Unterhaltsbezirk und hat keinen Winterdienst und keine Straßenreinigung.

Unser Ziel wäre, den Bauraum an der Chiemgaustraße mit dem Baurecht bis zu sieben Geschossen abzuspalten, und beispielsweise einer Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen diesen Riegel nicht und sind mitten in der Prüfung dieser Vorplanung. Wie kann dort Wohnen überhaupt gehen? Es gibt sehr intelligente Grundrisslösungen, wie Erschließungen im Norden zum Betriebshof über Laubengang und im Süden, zur Chiemgaustraße, z. B. geschlossene und offenbare Loggien. Damit kann man das Lärmproblem z. B. für „Wohnen für Alle“ in den Griff bekommen. Da sehe ich die größte Option und da wollen wir gemeinsam mit dem Planungsreferat hin.

Zu den Änderungsanträgen: Die Änderung „mindestens zweigeschossig“ usw. könnte ich Ihnen nicht empfehlen. Die Abstimmung im BA, das hat der Herr Altmann schon richtig gesagt, ist selbstverständlich bei so einer Nutzung. Die Ergänzung mit dem Ziel, den Schulbetrieb rechtzeitig aufzunehmen, würde ich sehr unterstreichen. Schon im eigenen Interesse. Wir bauen die Schule und wollen uns nicht behindern. Es sollte unbedingt für alle das Ziel sein, die Schule rechtzeitig in Betrieb zu nehmen. Wir reden hier übrigens von einem zusätzlichen Schulweg und einer P+R-Anlage, die durch die Verlagerung freigemacht werden sollen und nicht vom eigentlichen Schulgrundstück. Das muss allen klar sein. Das Schulgrundstück ist nicht belegt von diesem Stützpunkt. Das muss man sich vor Augen führen.

StR Altmann:

Ich hätte nur noch einmal eine Nachfrage zur Wohnbebauung an der Chiemgaustraße. Wenn Sie diese problematisch wegen des Lärmschutzes usw. darstellen ... Mir liegt schon noch am Herzen: Wir brauchen Verwaltungsunterbringungsmöglichkeiten. Wäre das in diesem Bereich dann nicht sinnvoller?

Bfm. StRin Hingerl:

Selbstverständlich wird das geprüft. Ich habe das Wohnen nur erwähnt, weil sogar Wohnen denkbar ist. Eine Gewerbenutzung ist wesentlich unempfindlicher und kann in einem siebengeschossigen Gebäude auf alle Fälle realisiert werden.

Bfm. StR Markwardt:

Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Alle wesentlichen Dinge sind schon angesprochen worden. Richtig ist, es geht bei diesem Beschluss heute nur um die Finanzierung der Abbruchmaßnahmen.

Selbstverständlich ist für uns, wie bei jedem anderen städtischen Grundstück auch, dass wir für maximale Ausnützung des Baurechtes sorgen - wo immer es geht.

Bei der Frage „wesentliche Verzögerung“ oder „unwesentliche Verzögerung“: Unsere vorsichtigere Formulierung in meinem Antrag hat einfach den Erfahrungshintergrund einer Flächenkonkurrenz, wenn verschiedene städtische Dienststellen einen Bedarf anmelden würden. Dann muss abgewägt werden, ob sich der zeitliche Aufwand lohnt, die Flächen- oder Nutzungskonkurrenz aufzulösen.

Oberster Maßstab ist das Schulprojekt an der Gmunder Straße bzw. am Ratzinger Platz. Das ist vorhin auch von Frau Hingerl richtig gesagt worden. Dazu haben wir uns im Stadtrat verpflichtet. Insofern ist diese Formulierung der Erfahrung und der Vorsicht geschuldet. Ich kann Ihnen bestätigen, dass wir uns mit dem Planungsreferat bereits ausgetauscht haben und weitergehende, zusätzliche städtische Nutzungen möglich sind. Ich sage ganz vorsichtig, das schaut gut aus. Ob es am Ende in Richtung Wohnungsbau oder vielleicht Büroräume, oder eine andere eventuell kulturelle Nutzung geht, muss man sehen. Was den eigentlichen Bauhof angeht, muss die Vorplanung abgewartet werden.

Bfm. StSchRin Zurek:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte! Um das noch zu verstärken, was Frau Hingerl gesagt hat: Es ist dringend notwendig, dass sich der Bau Gmunder Straße, Ratzinger Platz nicht verzögert. Der Vorbescheid ist im Juni 2017 beantragt worden und angesichts der Bedarfe im Schulbau wären aus unserer Sicht Umstände, die zu einer verzögerten Inbetriebnahme der Schulgebäude führen, nicht tragbar.

StR Reissl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dem Beitrag von Frau Hingerl entnommen, dass es nicht zu einer Verzögerung kommen muss, weil wir noch im Stadium der Vorplanung sind.

Man könnte den vorliegenden Antrag der CSU präzisieren, dass man das Grundstück als ein Grundstück für „Wohnen für Alle“ vorschlägt. Wir haben das ambitionierte Ziel im Programm „Wohnen für Alle“, innerhalb von vier Jahren 3.000 Wohnungen zu errichten. Dieses Ziel wird definitiv nicht erreicht. Ich glaube, es gibt bisher noch keinen einzigen privaten Bauherrn oder Grundstückseigentümer. Die Idee war, die eine Hälfte wird auf städtischen Grundstücken, die zweite Hälfte auf privaten Grundstücken realisiert. Bei den 1.500 auf städtischen Grundstücken sind wir, glaube ich,

relativ weit. Bei den 1.500 auf privaten Grundstücken aber sind wir, immer noch bei Null. Wenn dort tatsächlich eine Bebauung bis zum siebten Obergeschoss möglich ist, bietet sich das an. Es ist ein städtisches Grundstück. Wir haben ähnliche städtische Grundstücke schon verwendet, beispielsweise an der Bodenseestraße für „Wohnen für Alle“.

Eigentlich passt der Änderungsantrag der CSU nicht zum heutigen Beratungsgegenstand, weil wir nur über den Abbruch der Gebäude auf der Kagerstraße debattieren. Aber bleiben wir ein bisschen großzügig und zwicken wir wenigstens ein Auge zu.

Wenn Frau Frank damit einverstanden ist, könnten wir uns darauf verständigen, im Änderungsantrag zusätzlich zu der Einrichtung Tiefbau ein „Wohnen für Alle“ auf dem Grundstück zu realisieren. Dann würden wir auch zustimmen.

StR Danner:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Wohnen für Alle“ können wir gerne als eine Option mit aufnehmen. Wir würden uns allerdings ungern auf diese einzige Lösung festlegen. Es stehen noch andere Lösungen im Raum. Die zeitliche Verzögerung war ein Kernproblem, sowohl bei den Stellungnahmen der Referentinnen und des Referenten als auch von den Stadträten. Die klarste Aussage ist unser letzter Satz in unserem Änderungsantrag:

„Die weiteren Planungen und deren bauliche Umsetzung werden von allen beteiligten Referaten mit hoher Priorität weiterverfolgt mit dem Ziel, dass der Betriebshof Kagerstraße so rechtzeitig den neuen Betrieb aufnehmen kann, dass das Schulprojekt am Ratzinger Platz nicht verzögert wird.“

Es ist ganz eindeutig formuliert, das Schulprojekt hat höchste Priorität und darf nicht verzögert werden. Die anderen Formulierungen „keine Verzögerungen“, „keine erheblichen Verzögerungen“ sind einfach nicht präzise. Bei uns steht es in diesem letzten Satz ganz präzise drin. Deswegen bitte ich erstens diesen Satz zu übernehmen, und wenn nicht, dann dem die Zustimmung zu geben.

StRin Frank:

Kolleginnen und Kollegen! Im Sinne einer größtmöglichen Einigkeit würde ich unseren Änderungsantrag so abändern, dass ich den letzten Satz unseres Antrags „*Dabei darf es allerdings nicht zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen bei der Planung und Bauausführung des Betriebes kommen*“ streichen und stattdessen den letzten Satz des Antrags der Grünen verwenden würde. Die

ersten beiden Sätze unseres ursprünglichen Änderungsantrags plus der letzte Satz des Grünen-Antrags werden somit zur Abstimmung gestellt. Ich hoffe, dass wir so zu einer möglichst breiten Mehrheit kommen.

Das Thema „Wohnen für Alle“ kann ich unmöglich heute aus dem Ärmel schütteln. Ich kann die örtliche Situation, auch im Hinblick auf derzeit bestehende Unterkünfte, nicht in der Kürze der Zeit überblicken. Ich würde sehr ungern heute eine konkrete Vorgabe machen, weil die Planungen noch in einem Stadium sind, wo noch sehr Vieles denkbar ist. Ich kann mir eine kreativ-wirtschaftliche Nutzung vorstellen. Ich kann mir Kitas vorstellen. Ich kann mir Wohnen vorstellen. Ich kann mir auch einen Verwaltungsstandort vorstellen. Ich kann mir Kultur vorstellen. Ich möchte mich heute nicht auf eine bestimmte Nutzungsart festlegen und das der Vorprüfung der Referate überlassen. Ich hoffe, dass wir ein Ende der heutigen Debatte zu diesem Punkt finden können, damit unsere drei Geburtstagskinder bald zum Feiern kommen. - (Vereinzelt Beifall)

StR Reissl:

Kolleginnen und Kollegen! Herr Bürgermeister! Man kann sich für ein solches Grundstück alles vorstellen. Wir können jetzt einen Prozess beginnen, in dem wir untersuchen, welche Bedarfe und Nachfragen es gibt. Die stimmen wir dann mit Bezirksausschüssen und allem Möglichen ab. Dann wird es zu Verzögerungen kommen.

Was spricht dagegen, auf diesem Grundstück ein „Wohnen für Alle“ mitzuplanen? Wir sind in der Vorplanung und können damit ein konkretes Vorhaben verbinden. Man kann auch sagen, wir fangen jetzt das Suchen an. Wir wollen auf keinen Fall, dass es verzögert wird, aber wir fangen einmal das Suchen an, ob es eine Verwaltungsnutzung, eine kulturelle Nutzung oder eine kreativ-wirtschaftliche Nutzung gibt. Vielleicht verbinden wir auch noch drei verschiedene Nutzungen. Man kann es natürlich immer weiter kneten und kneten und kneten. Dann wird man doch zu der nicht gewollten Verzögerung kommen. In einem halben oder einem Jahr sitzen wir wieder da und überlegen, welche von diesen untersuchten, gesuchten, gefragten Nutzungen passen oder nicht passen. Verzögerungen werden wir für das Schulbauprojekt dann auf alle Fälle haben.

Bfm. StRin Hingerl:

Ergänzend für Ihre Debatte zu den Nutzungen: Keine Nutzung ist möglich, die Außenanlagen braucht. Schauen Sie sich den Lageplan an: Den Gebäuderiegel an der Chiemgaustraße kann man durchaus, natürlich mit einem gewissen Grundanteil, herauslösen. Wenn dieser herausgelöst wird, verzögert sich der Betriebshof nicht. Die Flächen dahinter brauchen wir aber als Verkehrsflä-

chen für den Betriebshof.

Wir können keine großen Außenanlagen z. B. für Kinderbetreuungseinrichtungen bauen. Das geht definitiv nicht. Deswegen wird sich das aus meiner Sicht auf diesen Gebäuderiegel konzentrieren müssen.

StR Schmidbauer:

Herr Bürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Frau Hinger! Dann scheidet Wohnen ja komplett aus, weil ich dahinter die notwendige Grünfläche brauche, die gesetzlich vorgegeben ist.

Bfm. StRin Merk:

Es würde auf jeden Fall eine besondere Wohnform sein, da haben wir schon einige Beispiele. Das untersuchen wir auch. Sicherlich ist das nicht das ganz normale Wohnen, wenn wir das Grundstück wirklich haben können.

BM Schmid:

Jetzt scheint die Debatte erschöpft zu sein. Ich habe einen Änderungsantrag der CSU, der schriftlich vorliegt, bei dem der letzte Satz gestrichen und um den letzten Satz des schriftlich vorliegenden Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste ergänzt wird. - (Zwischenruf StR Reissl) - Der mündliche Antrag von StR Reissl „Wohnen für Alle“ bleibt aufrecht erhalten.

Der mündliche Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird **zurückgezogen**.

Der mündliche Änderungsantrag von StR Reissl zu Ziffer 2 des Antrags des Referenten, in dem das Grundstück für „Wohnen für Alle“ genutzt wird, wird mit den Stimmen der CSU, der Grünen - rosa liste, der FDP, BP, HUT, von StR Schmude, der ÖDP und von DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der in Ziffer 2 mündlich modifizierte Änderungsantrag der CSU-Fraktion, der wie folgt lautet

„Das Kommunalreferat wird unter der Prämisse eines funktionierenden Betriebshofes eine flächensparende Lösung forcieren. Nicht benötigte Flächen werden dann anderen städtischen Stellen zur Bedarfsprüfung und Realisierung verträglicher Nutzungen zur Verfügung gestellt. Die weiteren Planungen und deren bauliche Umsetzung werden von allen

beteiligten Referaten mit hoher Priorität weiterverfolgt mit dem Ziel, dass der Betriebshof Kagerstraße so rechtzeitig den neuen Betrieb aufnehmen kann, dass das Schulprojekt am Ratzingerplatz nicht verzögert wird.“

wird gegen die Stimmen der SPD **beschlossen**.

Der geänderte Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, was wir jetzt beschlossen haben, ist die Bedarfsprüfung und die schließt natürlich „Wohnen für Alle“ ein. - (Zwischenruf StR Reissl) -

**Förderung der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE)
und Jugendliche (JMD)
Zuschüsse an verschiedene Träger
Haushaltsjahr 2018 ff.**

Aktensammlung Seite 5941

StR Richter:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Massenzuwanderung ist bekanntlich ein Mordsgeschäft. Das ist nichts Neues. Die Massenzuwanderung ist kein riesiges Geschäft für die Aufnahmegesellschaft als Ganzes und für die Normalbevölkerung, die von den Folgen der Zuwanderung durch steigende Kriminalitätsziffern, durch eine wachsende Terrorbedrohung, durch die Folgen der täglichen Islamisierung, die inzwischen nur noch schwer geleugnet werden kann, unmittelbar betroffen ist. Die Massenzuwanderung ist ein riesiges Geschäft für eine ausufernde Sozialindustrie, das in erster Linie durch einen ständig anhaltenden Zustrom an immer neuen Hilfe- und Schutzbedürftigen befördert wird, auch wenn es in der Realität nur zu einem geringen Teil tatsächlich Schutz- und Hilfsbedürftige sind.

Das Praktische an diesem Geschäft mit der Migration ist die Tatsache, dass man alle Ausgaben erstattet bekommt. Die einzige Voraussetzung ist eben der anhaltende Zustrom an immer neuen Schutzbedürftigen. Es hieß „Eulen nach Athen zu tragen“. Ein Gutteil der herein strömenden, vorgeblichen Schutzbedürftigen sind überhaupt keine Schutzbedürftigen und nur zu einem geringen Teil tatsächliche Flüchtlinge. Es handelt sich zu einem Gutteil, auch das ist inzwischen eine Binsenweisheit, um Leute, die in unseren Breiten ein bekömmlicheres Leben anstreben. Es wäre im Sinne eines verantwortungsbewussten Umgangs mit Steuergeldern natürlich, diesen Zustrom zu unterbinden und nicht durch immer neue Anreize und Signale in aller Welt eine Magnetwirkung auszulösen.

Über die in Rede stehende Sitzungsvorlage allzu viele konkrete Worte zu verlieren, erübrigt sich. Man spricht in diesem Haus sowieso gegen Wände. Es gibt schlechterdings keine Unabweisbarkeit von Leistungen im Bereich der Migrationsberatung und bei den Jugendmigrationsdiensten. Es wird Sie speziell nicht wundern, dass ich überhaupt kein Verständnis dafür habe, wenn der Münchner Migrationsindustrie im Zuge der Beschlussfassung weitere 37,35 Vollzeitäquivalente mit einem Gesamtwert von 400.000 € pro Jahr hinterher geworfen werden. Das Skandalöse an der ganzen

Geschichte ist, dass wir es mit einer Vielzahl solcher „Peanuts“ zu tun haben. Hier geht es einmal um 100.000 €, dort um 250.000 €. Dann wieder um 400.000 €. In der Summe ist das eben eine Vielzahl solcher Ausgabenposten und unter dem Strich kostet uns der ganze Zuwanderungssirrsinn, alleine in einer Großstadt wie München, doch wieder viele, viele Millionen. Diese Ausgaben sind nicht nachvollziehbar.

Das Schöne ist, dass sich die Probleme in einer Demokratie über kurz oder lang immer ihre Mehrheiten suchen, meine Damen und Herren. Ihre Mehrheiten, die Mehrheiten Ihrer vorgeblichen Volksparteien, zerbröseln zur Zeit massiv. Die naheliegende Botschaft des letzten Sonntags ist, dass sich Ihre Mehrheiten derzeit auflösen. Wenn Sie nach den Gründen für diese Entwicklung fragen, brauchen Sie sich nur Beschlussvorlagen wie die hier vorliegende anzuschauen. Da finden Sie Gründe genug, warum sich die Mehrheitsverhältnisse langsam, aber doch ziemlich sicher in eine richtige Richtung bewegen. Vielen Dank.

BM Schmid:

Herr Richter, innerhalb der demokratischen Parteien gibt es beim Thema Zuwanderung unterschiedliche Haltungen. Das wird sicher auch bei Koalitionsgesprächen in Berlin deutlich werden. Es gibt Unterschiede beim Stichwort Obergrenze. Aber Ihre Wortwahl - Massenzuwanderung, Migrationsindustrie, Zuwanderungssirrsinn - zeigt, wes Geistes Kind Sie sind und wie weit Sie außerhalb des Verfassungsbogens stehen. - (Allgemeiner Beifall) - Entsprechend ist Ihr Beitrag zu werten.

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich bereits im Ausschuss zu diesem Thema gemeldet und hätte heute nur um eine gesonderte Abstimmung gebeten. Nun muss ich aber doch Folgendes sagen: Wir haben nicht aus den Gründen, die mein Vorredner ausgeführt hat, gegen die Vorlage gestimmt. Wir von der BAYERNPARTEI distanzieren uns ganz klar von diesen Aussagen. Wir haben gegen diese Vorlage gestimmt, weil wir die Bedenken der Stadtkämmerei zu den Sachkostenzuschüssen teilen. Sie wurden in der Vorlage nicht ganz ausgeräumt, weshalb wir dieser nicht zustimmen werden. Genauso sollte das gewertet werden. Wir beziehen uns nur auf die Aussage der Stadtkämmerei. Wir sagen nichts gegen Migrationsberatung und Ähnliches. Es geht nur um die Sachkosten, wie es auch die Stadtkämmerei gesehen hat. Danke. - (Allgemeiner Beifall)

BM Schmid:

Vielen Dank, Kollege Altmann. Das war quasi eine vorträgliche Erklärung zur Abstimmung und die Begründung zur folgenden Ablehnung durch die BAYERNPARTEI.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, der BIA und der LKR **beschlossen**.

Radiologische Untersuchungen zur Alterseinschätzung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern

Aktensammlung Seite 5943

StR Schmude:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben aus einem besonderen Grund einen Änderungsantrag zu dieser Beschlussvorlage gestellt. Die Vorlage gefällt uns gar nicht so schlecht. Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist kein Geheimnis, dass das Wahlergebnis vom Sonntag auf Bundesebene auch mit einer großen Unzufriedenheit der Bevölkerung in Sachen Einwanderungspolitik zusammenhängt. Ein Punkt hat die Bürger besonders geärgert und ist in Leserbriefen immer wieder zur Sprache gekommen, wurde aber bislang nicht adressiert: Männliche Flüchtlinge mit grauen Schläfen und Geheimratsecken werden als Minderjährige untergebracht und aufgenommen. - (StR Reissl: Dann bestehen ja noch Chancen! - Heiterkeit) - Es gibt in allen möglichen Zeitungen Bildchen, auf denen junge und nicht mehr ganz so junge Herren, bei denen die Schläfen schon grau werden, mit Schultüten für die Lokalzeitung posieren. Da fühlen sich die Leute natürlich auf den Arm genommen. Umso besser ist es, dass dieses Problem nach drei Jahren endlich als solches erkannt wurde und wenigstens ein zaghafter Trippelschritt in die richtige Richtung unternommen wird.

Das ist der Punkt, an dem unser Änderungsantrag einhakt. Der Trippelschritt ist uns zu wenig, man kann ihn verbessern. Eine sehr gute Vorlage dazu haben wir schon. Vor ein paar Jahren hat das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration eine Handreichung herausgegeben. Das ist ein sehr guter Text von drei oder vier Seiten Länge, gegen den man auch als Linker nichts aussetzen kann. Der Text des Bayerischen Staatsministeriums ist nämlich von dem Bemühen getragen, allen Obdachsuchenden gerecht zu werden und jedem Schutz vom Staat zu gewähren, der diesen benötigt.

Zum Thema Altersuntersuchung sagt das Staatsministerium 2014:

„Hinweis: In der Regel wird von den Gutachtern zunächst neben einer körperlichen Untersuchung eine zahnärztliche Untersuchung und erst im Anschluss gegebenenfalls ein Röntgen der Hand, Schlüsselbeine und der Zähne vorgenommen.“

Mit keiner Silbe wurde in diesem Text daran gedacht, das Durchführen einer Untersuchung in das Belieben des Obdachsuchenden zu stellen, in das Belieben des Eingewanderten. Das ist nämlich der große Fehler in der Vorlage der Münchner Stadtverwaltung. Ob eine Untersuchung stattfindet, steht nach der Vorlage der Stadtverwaltung einzig und allein im Belieben des Migrant. Das ist ein Unding. „Wer zahlt, schafft an“, ist einer der wichtigsten Grundsätze bürgerlicher Politik. Davon haben sich die bürgerlichen Parteien entfernt. Sie täten gut daran, diesen Grundsatz wieder zu entdecken, so wie er z. B. 2014 im Bayerischen Staatsministerium noch gegolten hat.

Wir schlagen daher vor, den unsäglichen Satz unter Punkt 3 im ersten Abschnitt des Referentenantrags zu streichen, der besagt, dass die Untersuchung nur stattfindet, wenn der Betroffene einwilligt, und lapidar zu ersetzen durch den Satz:

„Der Stadtrat erklärt sein grundsätzliches Einverständnis, dass zukünftig im Rahmen gesetzlich notwendiger Altersfestsetzungen radiologische Aufnahmen bei zahn- und allgemeinmedizinischen Begutachtungen durchgeführt werden, sobald Zweifel an der Minderjährigkeit des Obhutsuchenden bestehen.“

Das Jugendamt ist Herr des Verfahrens. Wenn das Jugendamt Zweifel hat, muss es die Untersuchung geben, aus Ehrlichkeit gegenüber dem Steuerzahler und auch im Interesse derjenigen, die tatsächlich Obdach brauchen und denen die Ressourcen weggenommen werden durch 40-jährige Migranten, die von naiven linken Entscheidern als Minderjährige anerkannt werden.

Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu und setzen Sie das richtige Zeichen. Danke.

BM Schmid:

Herr Schmude, dass man einen 40-Jährigen noch für einen Jugendlichen halten kann, kann ich als heute 48-Jähriger klar verneinen. - (Allgemeine Heiterkeit) - Sie haben bei Ihrem Vortrag gänzlich außer Acht gelassen, dass auch Minderjährige und Menschen, die Asyl suchen, Rechte haben. Diese kamen in Ihrem Vortrag überhaupt nicht vor.

StR Richter:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmude hat schon einige bedenkenswerte Gedanken zu dem in Rede stehenden Thema ins Gespräch gebracht. Was noch nicht angesprochen wurde, ist die skandalöse Haltung der Stadt München in der Vergangenheit dazu. Ich möchte daran erinnern, dass ich zum Thema röntgenologische Untersuchung zur

Alterseinschätzung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern schon Anfang letzten Jahres eine Anfrage gestellt habe, warum das in München nicht so gehandhabt wird, wie es bereits damals z. B. in Belgien obligatorisch gehandhabt wurde. Aus der Beobachtung heraus, dass in Belgien ein Großteil der zugewanderten, vorgeblich minderjährigen Flüchtlinge überhaupt nicht minderjährig war, sondern dass es sich dabei zum Gutteil um die älteren Herren mit den grauen Schläfen handelte. In Belgien hat man beizeiten geschaltet und diese radiologischen Untersuchungen frühzeitig obligat gemacht. Im März letzten Jahres habe ich eine Anfrage gestellt, warum man das in München nicht machen kann. Daraufhin hat mir die Stadt, das Sozialreferat, eine Antwort zukommen lassen, datiert vom 21. Juli 2016, die aus mehreren Gründen durchaus bemerkenswert ist. Ich darf zitieren aus der Antwort des Sozialreferats:

„Für den Zeitraum 01.01.2016 bis 17.06.2016 gilt: Es fanden 1.145 qualifizierte Alterseinschätzungsgespräche durch das Stadtjugendamt statt. 445 junge Menschen wurden davon als volljährig eingestuft. Das ergibt einen Anteil Volljähriger von 38,8 %.“

Das sind aber nur Alterseinschätzungsgespräche, noch keine Untersuchungen von Handwurzelknochen, keine röntgenologischen Untersuchungen. Allein bei den Gesprächen hat sich herausgestellt, dass 38,8 % der vorgeblich minderjährig Einreisenden gar nicht minderjährig, sondern mindestens 18 Jahre alt waren. Das ist an sich schon bemerkenswert. Diesen Kenntnisstand hatte die Stadt München bereits im Juli 2016 und eigentlich wäre das schon Grund genug gewesen, auch in München auf eine obligatorische Altersfeststellung durch radiologische Messung umzustellen.

Dazu kommt ein ganz naheliegendes finanzielles Argument. Die Stadt München weist in der hier zur Abstimmung stehenden Beschlussvorlage quasi mit Krokodilstränen auf die hohen Kosten hin, die bei den jetzt vielleicht vermehrt fälligen Altersuntersuchungen anfallen. Es handelt sich um Kosten zwischen 1.000 und 1.100 € pro Altersfeststellung. Das ist geradezu grotesk. An anderer Stelle ist der Stadt keine Ausgabe zu exklusiv, kein Posten, der neu geschaffen werden muss - wir hatten es im letzten Tagesordnungspunkt -, kein Projekt kann der Stadt zu exklusiv sein, wenn es um die „Betüttelung“ und Betreuung von vorgeblich Schutzsuchenden geht.

Hier wird nun lamentiert über 1.000 oder 1.100 € für eine radiologische Altersfeststellung, die dem Steuerzahler massiv Kosten ersparen könnte, wenn es darum geht, die Erschleichung von Sozialleistungen zu verhindern, wenn jemand sich fälschlicherweise als minderjährig ausgibt.

Halten Sie sich bitte vor Augen, dass auch der Axttattäter von Würzburg im Juli letzten Jahres ein minderjähriger afghanischer sogenannter Flüchtling war. Der kostete den Steuerzahler bis zu seinem Ende durch die Polizei für elf Monate Unterbringung in einem Kolpinghaus gut und gern 47.000 € an Steuergeldern. Hier kann man Geld sparen, wenn man durch radiologische Altersuntersuchungen Erschleichungsversuche vorgeblicher Minderjähriger, die gar keine Minderjährigen sind, unterbindet. Das ist schon ein Grund, warum man mit der radiologischen Altersbestimmung nicht allzu sparsam umgehen sollte.

Die Vorlage hat einen weiteren unguuten Beigeschmack. Die Stadt München, das Sozialreferat, hat sich in der Antwort auf meine Anfrage vom Juni 2016 auf die geltende Rechtsprechung bezogen. Das ist richtig, aber es ist nur die Hälfte der Wahrheit. Die andere Hälfte der Wahrheit ist, dass die Stadt München selbst in mindestens zwei Verfahren gegen eine ausgeweitete, eine obligatorische radiologische Altersbestimmung bei Flüchtlingen geklagt hat und dagegen vor Gericht gezogen ist. Das geht auch aus der zur Abstimmung stehenden Beschlussvorlage hervor. Es ist ein Unding, dass sich die Stadt München hier aus irgendwelchen menschenrechts- oder sonstigen persönlichkeitsrechtlichen Erwägungen zum Sachwalter eben nicht einer schützenswerten einheimischen Bevölkerung macht, sondern einer Personengruppe, von der ein Gutteil in München gar nichts zu suchen hat.

Im Übrigen kann ich den Ausführungen von Herrn Kollege Schmude nur zustimmen. Wenn man sich jetzt denn schon durch die veränderte Rechtsprechung genötigt findet, radiologischen Altersfeststellungsverfahren etwas mehr Geltung zu verschaffen, ist es ein Unding, das ins Belieben des zu untersuchenden Migranten zu stellen. Es ist doch naheliegend: Wer etwas zu verbergen hat, weil er eben nicht 18, sondern vielleicht 28 Jahre oder noch älter ist, wird sich natürlich mit Händen und Füßen dagegen wehren, radiologisch untersucht zu werden. Was ist das für eine Herangehensweise? Bei einer solchen Herangehensweise kann ich mir den Beschluss gleich sparen, der ist nichts wert. In diesem Fall kommt noch dazu, dass der Beschluss auf eine handfeste Sabotage geltender Rechtsprechung hinausläuft. Die Rechtsprechung ist nun einmal so, dass sie inzwischen die Stadt München nicht mehr dabei unterstützt, radiologische Altersfeststellungsverfahren grundsätzlich so wenig wie möglich anzuwenden. Die Rechtsprechung hat sich hier geändert. Aber die Beschlussvorlage der Stadt läuft handfest darauf hinaus, diese veränderte Rechtsprechung zu unterlaufen und radiologische Altersfeststellungsverfahren trotzdem so weitgehend wie möglich zu unterbinden. Das ist ein Unding!

Sie werden Verständnis haben, dass ich dieser Beschlussvorlage nicht zustimme. Sie geht zwar, wie der Kollege Schmude ausgeführt hat, in die richtige Richtung, ist aber eine Gummibestimmung. Das ist ein Beschluss, der das Papier nicht wert ist, auf dem er steht. Ich werde selbstverständlich dagegen stimmen. Vielen Dank!

BM Schmid:

Für das Protokoll verweise ich zu Ihrem Beitrag, Herr Richter, auf meine vorhin gemachten Äußerungen.

Der Änderungsantrag der LKR wird gegen die Stimmen der Antragsteller und der BIA **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Schmude:

Aus kleinen Schritten können dann auch größere und irgendwann richtige werden. Deshalb habe ich der Vorlage zugestimmt. Ein kleines Wort noch zu Ihnen, Herr Schmid: Wenn Sie der Meinung sind, dass unser Änderungsantrag nicht rechtsstaatlich wäre, müssen Sie diesen Vorwurf an das Staatsministerium richten. Ich beziehe mich mit unserem Änderungsantrag einzig und allein auf das Staatsministerium. Selbstverständlich wäre es genauso rechtens gewesen, unserem Antrag zuzustimmen, wie alles rechtens ist, was das Staatsministerium so macht. - (Zwischenrufe, allgemeine Heiterkeit)

BM Schmid:

Ich habe keineswegs gesagt, - (Zwischenrufe) - dass Ihr Antrag nicht rechtens sei, Herr Schmude. Ich habe nur gesagt - (Zwischenrufe) -, dass Sie die Rechte von Minderjährigen und Asylsuchenden schlichtweg ausgeblendet haben. Die kamen bei Ihnen nicht vor. Das habe ich gesagt, sonst gar nichts.

Grundsatzbeschluss zur künftigen Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken
Antrag Nr. 2558 der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste vom 20.10.2016

Aktensammlung Seite 5969

StR Danner:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich brauchen wir nicht mehr ausführlich in das Thema einzusteigen. Wir haben das Thema flächensparendes Bauen beim Betriebshof ausreichend diskutiert und in der Vergangenheit auch immer wieder angesprochen. Es ist erfreulich, dass es mittlerweile doch einen ziemlich breiten Konsens gibt, mit unseren privaten oder städtischen Flächen sehr sorgfältig umzugehen.

Hier geht es aber um das Verfahren, flächensparende Bauweisen bei Gewerben durchzusetzen. Die Notwendigkeit ist klar. Wir sind der Auffassung, es ist das richtige Instrument, diese Themen bei den Ausschreibungskriterien im Rahmen eines Punktesystems wie beim Wohnungsbau stärker zu gewichten. Das haben wir im Oktober 2016 mit unserem Antrag dargestellt, der als Anlage beiliegt.

Beim Wohnungsbau vergeben wir Punkte für Mobilitätskonzepte, ohne dass diese bereits im Detail ausgearbeitet sind. Wir vergeben Punkte für nachhaltige Baustoffe, ohne dass eine Detailplanung vorliegen muss. Wir vergeben Punkte für energetische Konzepte, für energetische Standards, ohne dass die im Detail vorliegen. Und genau so etwas schwebt uns mit unserem Antrag hier auch vor, damit das flächensparende und ökologische Bauen auch bei den Gewerben Einzug hält.

Sie bringen es ja in Ihren Vorlagen auch immer wieder, wenn es heißt: Ökostandards - Punkte null, Umweltschutz - null. Diese beiden Spalten sind in der Regel mit null Punkten besetzt, was überhaupt nicht daran hindert, Firmen den Zuschlag zu geben, auch wenn sie ökologisch überhaupt keinen Beitrag leisten. Mit unserem Antrag geht es uns genau darum. Wenn wir das Thema auf der Planungsebene noch weiter verstärken, kann uns das nur recht sein. Aber erst einmal ist die Vergabe von Grundstücken unseres Erachtens das richtige Instrument, ökologische Kriterien über ein Punktesystem stärker zu verankern. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Pretzl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen, weil wir genau diese Fragen im Ausschuss ausführlich diskutiert haben. Man kann ja durchaus Themen aus dem Ausschuss in die Vollversammlung einbringen. Ich finde es aber nicht seriös, Kollege Danner, Fragen noch einmal vorzutragen, die bereits ausführlich beantwortet wurden. Sie hätten sich von Ihren Kolleginnen aus dem Ausschuss informieren lassen können. Wir haben einen Beschluss, dass 75 % der Fläche bebaut werden soll. Das ist an dieser Stelle das richtige Signal, um flächensparend zu bauen oder die Fläche entsprechend auszunutzen. Daran haben wir alle Interesse. Die anderen Dinge gehören in eine Baugenehmigung. Das ist ausführlich diskutiert und dargestellt worden. Jetzt dient es nur noch mal Ihrer Selbstdarstellung. Vielen Dank!

StR Monatzeder:

Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, ich gehöre auch diesem Ausschuss an und wir haben tatsächlich lang darüber diskutiert, lieber Kollege Pretzl. Wir haben gesagt, genau deshalb bringen wir den Antrag wieder in die Vollversammlung ein. In der Argumentation waren wir uns fast alle einig. Es stellte sich nur die Frage: Wann bringt man dieses Bedürfnis nach sparsamem Bauen, ökologischem Bauen am besten ein. Es war klar, im Wirtschaftsausschuss geht es nicht. Wir können nur das Kriterium dieser 75 % Baurechtsausnutzung berücksichtigen. Alles andere ist im Rahmen des Planungsreferats zu erledigen, um es kurz zusammenzufassen.

Deshalb haben wir gesagt, das ist ein Thema für die Vollversammlung. Wir müssen es in die Vollversammlung bringen, um dieses Bedürfnis künftig auch in die Vergabe einzubauen. Wie Kollege Danner zurecht gesagt hat, könnte das im Rahmen eines Punktesystems funktionieren. Wenn wir uns darauf verständigen, kann man natürlich auch so ausschreiben. Dass die Detailplanung dann letztlich im Rahmen des Bebauungsplans stattfindet, ist eine ganz andere Geschichte. Ich glaube, Kollege Danner hat deutlich gemacht, dass es Beispiele dafür gibt. Hier müsste man genauso vorgehen, um an den Punkt zu kommen, über den wir uns im Ausschuss alle einig waren. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StRin Burger:

Ich muss zugeben, ich bin ein bisschen verwirrt. Wollen die Grünen ein Punktesystem im Planungsausschuss diskutieren oder meinen sie das Punktesystem im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft zur Vergabe? Ich habe Herrn Danner so verstanden, dass er die Umweltpunkte, die zur Vergabe von Gewerbegrundstücken führen, im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft gern ändern möchte. Er nickt. Okay! Dann beziehe ich mich darauf.

Wir haben uns entschlossen zu sagen: Alles, was von den Grünen vorgelegt wurde, sind Planungsthemen, die in den Bebauungsplänen berücksichtigt werden müssen. Deshalb werden wir als SPD auch für die Ergänzung stimmen, die wir im Ausschuss beschlossen haben. Dem Änderungsantrag der Grünen werden wir aber nicht zustimmen, weil wir die vorgeschlagenen Punkte für die Vergabe für falsch halten. Wir werden aber zum noch ausstehenden GEWI im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft durchaus noch kritisch diskutieren: Welche Punkte haben sich denn bewährt? Welche Kriterien haben sich bewährt? Haben sich die Umweltkriterien wirklich bewährt? Die Kollegen Monatzeder und Danner haben recht, da gibt es öfter null Punkte. Darüber können wir diskutieren, aber nicht an dieser Stelle. Daher werden wir dem Änderungsantrag der Grünen nicht zustimmen. Danke schön!

StR Ruff:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus dem Wirtschaftsausschuss! Ich hatte das Gefühl, dass wir uns relativ einig waren. Wir wollten im Wirtschaftsausschuss das, was man dort mit Punkten bewerten kann, auch in die Vergabe einfließen lassen. Die Punkte, die eher das Planungsrecht betreffen, wollten wir in der Vollversammlung ansprechen und vielleicht gemeinsam etwas formulieren, weil wir nur in der Vollversammlung einen Auftrag ans Planungsreferat vergeben können.

Jetzt hat sich aber offensichtlich niemand die Mühe gemacht, etwas zu formulieren. - (Zwischenrufe) - Diese Änderung der Vorlage ist bei mir noch nicht angekommen. Es ist aber nicht zielführend, jetzt den Antrag der Grünen noch mal so zur Abstimmung zu stellen, weil es im ersten Satz heißt: „Vergabe der städtischen Gewerbegrundstücke“. Die findet im falschen Referat statt. Ich muss jetzt kurz die vereinbarte Ergänzung vorlesen:

„Der Stadtrat beauftragt das Planungsreferat, ökologische Kriterien und Vorgaben für die bestmögliche Nutzung für Flächen bei Gewerbegrundstücken zu entwickeln.“

Darauf hatten wir uns damals im Wirtschaftsausschuss geeinigt. Das würde meiner Meinung nach den Antrag der Grünen ersetzen, dessen Intention her richtig ist. Im ersten Satz wird aber nach wie vor falsch verlangt, dass das Wirtschaftsreferat diese Kriterien bei der Gewerbevergabe berücksichtigen soll. Das ist der falsche Ort.

Mit dem vorgelesenen Vorschlag zur Änderung des Grundsatzbeschlusses kann ich mitgehen. Es ist eigentlich genau der Vorschlag, den ich damals im Ausschuss gemacht habe. Jetzt ist er richtig adressiert.

StR Danner:

Uns geht es um die Umsetzung der verschiedenen ökologischen Kriterien. Wir bringen diesen Antrag heute wieder ein, weil wir bezweifeln, dass mit dem Änderungsantrag diese Kriterien von städtischer Seite umgesetzt werden.

BM Schmid:

Vielen Dank für die Klarstellung. Wir werden das in der Abstimmung berücksichtigen.

Jetzt sage ich in meiner Eigenschaft als Referent noch ein paar Sätze. Ich bin dem Kollegen Pretzl und der Kollegin Burger ausdrücklich dankbar, dass sie die Dinge noch mal klar gerückt haben. Ich kann nur wiederholen, was ich im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft schon gesagt habe: Es ist nicht zweckdienlich, die Kriterien für die Vergabe im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft zu ändern, wie es der Antrag der Grünen vorsieht. Wenn sich jemand mit einer Planung bewirbt, die nicht genehmigt werden kann, weil sie dem Baurecht nicht entspricht, hat dieser Bewerber fehlerhaft den Zuschlag bekommen. Ganz einfach. Er bekäme Punkte für eine Planung, die später nicht eingehalten werden kann.

Deshalb muss es nach meiner Überzeugung dabei bleiben, dass wir im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft nach den dort genannten Kriterien vergeben. Es gibt einen ökologischen Kriterienkatalog. Ich habe ein Beispiel für eine Vereinbarung mit einem Unternehmer mitgebracht. Eine solche Vereinbarung ist zwingend erforderlich, mehr ist im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft aber nicht zu berücksichtigen.

Die Frage des Baurechts gehört in den Planungsausschuss, wenn es um Bebauungspläne geht, bzw. in die Lokalbaukommission, wenn es um Baugenehmigungen geht. Wir sind uns alle einig, das Baurecht soll ausgeschöpft und optimiert werden, und - falls notwendig - sollen im Bebauungsplanverfahren die Voraussetzungen geschaffen werden, dass man auch im Gewerbebau mehr Dichte hat und mehr in die Höhe geht.

Das muss bei Bebauungsplänen vom ehrenamtlichen Stadtrat im Planungsausschuss geklärt werden bzw. im Bereich der Baugenehmigungen von der Verwaltung. Da müssen diese Gedanken

Eingang finden, aber nicht bei der Vergabe. Sonst wird etwas bepunktet, was später gar nicht umsetzbar ist. Dann klagt der Zweit- oder Drittplatzierte zurecht: „Der Erstplatzierte hat Punkte bekommen für eine wunderschöne Planung, die vom Baurecht her gar nicht möglich war. Ich bin mit meiner realistischeren Planung nur Zweiter geworden.“ Solche Schwierigkeiten wären das Resultat, wenn wir den Änderungsantrag der Grünen beschließen würden.

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das kann man so nicht stehenlassen. Der Bebauungsplan schafft zwar ein Recht, aber keine Pflicht, es auszuschöpfen. Das Baurecht schafft eine Möglichkeit, aber man muss das Baurecht, das man hat, nicht ausfüllen. Ich glaube nicht, dass jeder Gewerbetreibende eine fertige Planung vorlegen muss. Das geht in einem Bewerbungsverfahren natürlich nicht.

Aber man kann den Bewerber verpflichten, einen Freiflächengestaltungsplan zu erstellen. Wer das nicht macht, bekommt weniger Punkte. Auf diesen Freiflächengestaltungsplan kann man ihn später festnageln. Wenn es nötig ist, muss man auch mehrgeschossiges Parken zusagen. Darauf kann man festgenagelt werden. Das ist wichtig. Wenn das nicht zugesagt wird, bekommt der Bewerber im Bereich Ökologie weniger Punkte.

Natürlich sind Baurecht und Bewerbung zwei verschiedene Themen. Es geht nicht um eine fertige Planung, aber darum, eine Verpflichtung zu unterzeichnen, bestimmte Dinge zu tun. Das kann man bereits bei der Vergabe berücksichtigen. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

StR H. Schmid:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir waren uns im Wirtschaftsausschuss doch einig! Daher verwundert mich diese Diskussion. Ich glaube, es liegen Irrtümer vor, deswegen muss ich die Debatte im Wirtschaftsausschuss für die Vollversammlung darstellen.

Im Wirtschaftsausschuss waren wir uns über alle Grenzen hinweg darin einig, bei Bewerbungen ökologische Kriterien und die bestmögliche Nutzung des Grundstücks mit zu berücksichtigen. Die Schwierigkeit war rein formell: Es wäre nicht zulässig gewesen, wenn der Wirtschaftsausschuss das beschlossen hätte, da er keinen Auftrag ans Planungsreferat erteilen kann. Deshalb waren wir uns einig, vorzuschlagen, dass der Referent das Ergebnis dieser Diskussion heute hier einbringt.

Dann kann die Vollversammlung dem Planungsreferat den einstimmigen Wunsch des Wirtschaftsausschusses auftragen. Dieses Ergebnis liegt uns jetzt vor.

Zu den inhaltlichen Aspekten: Es ergibt keinen Sinn, dass der Wirtschaftsausschuss Punkte vergibt, von denen wir nicht wissen, ob sie in einem rechtlichen Verfahren anerkannt werden. Es geht auch nicht um das Ausschöpfen des Baurechts. Umgekehrt: Der Bewerber weiß um seine besseren Chancen, wenn er die bestmögliche Nutzung des Grundstücks und die ökologischen Kriterien berücksichtigt. Der Wirtschaftsausschuss bewertet den Antrag mit allen Unterlagen, die der Bewerber zu diesen Vorschlägen ausreicht; es ist Sache des Antragstellers, sich darum zu kümmern. Wenn der Planungsausschuss Kriterien geschaffen hat, ist es für den Wirtschaftsausschuss bei Bewerbungen rechtlich möglich, diese zu bepunkten und die Vergabe vorzunehmen. Ob sie vollzogen werden, unterliegt später der Kontrolle der Verwaltung.

Es ist ein dreiteiliges Verfahren: Das Planungsreferat soll Kriterien entwickeln, nach denen Gewerbegrundstücke vergeben werden, das Wirtschaftsreferat bzw. der Wirtschaftsausschuss schlägt einen Bewerber vor, und das Kommunalreferat nimmt die Vergabe vor. Diese Kriterien des Planungsreferats sollen eine Grundlage für die Entscheidung des Wirtschaftsausschusses sein, bei der Punkte vergeben werden. Diese Grundlage haben wir bisher noch nicht. Nur darum geht es und nicht um die konkrete Genehmigung.

Was in der Vorlage steht und vorgelesen wurde, ist meiner Einschätzung nach ausreichend. Wir sollten diese Diskussion jetzt beenden. Wir waren uns im Wirtschaftsausschuss einig und können dem auch heute ohne Weiteres zustimmen. Damit ist das Anliegen der Grünen, aber auch von anderen durchaus berücksichtigt. - (Beifall der SPD)

OB Reiter:

Danke schön! Es beruhigt mich, dass meine Vergreisung noch nicht so weit fortgeschritten ist! Bei den beiden Wortbeiträgen der Grünen habe ich gedacht, ich hätte allein in diesem Ausschuss gesessen! - (Zwischenruf) - Der Transfer ist anscheinend nicht ganz gelungen!

Ich erkläre es gerne noch einmal: Im Ausschuss haben wir uns in einem Dialogverfahren gemeinschaftlich zu einer Formulierung durchgerungen, die der Intention der Grünen durchaus Rechnung trägt. Gleichzeitig erfüllt sie aber auch die formalen Voraussetzungen einer Beauftragung. Die Ergänzung liegt jetzt vor, ich habe sie - so glaube ich - selber entworfen, deswegen habe ich den Ehrgeiz, sie auch vorzulesen:

„Der Stadtrat beauftragt das Planungsreferat, ökologische Kriterien und Vorgaben für die bestmögliche Nutzung der Flächen bei Gewerbegrundstücken zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen.“

Im Wirtschaftsausschuss waren wir uns darin einig, dass nur das Planungsreferat das leisten kann, und dass wir das heute der Vollversammlung zur Beschlussfassung vorlegen. - (Zwischenrufe) - Das tut mir leid! Ich bin verantwortlich, aber ich kann nichts dafür! - (Heiterkeit) - Genau deswegen habe ich die Ergänzung für alle vorgelesen. Sie steht auf dem Deckblatt der Beschlussvorlage für die heutige Vollversammlung. Zumindest Teilen des Stadtrats liegt sie vor. - (Unruhe) - Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns den Tumult und auch die sonstigen Dauergespräche beenden! In fünf Minuten haben wir genug Gelegenheit, noch stundenlang zu ratschen!

Zurück zum Thema: Wir waren uns einig, dass die Ziele völlig in Ordnung sind, das Planungsreferat Kriterien und Vorgaben entwerfen soll, und wir darüber dezidiert im Planungsausschuss und im Plenum diskutieren. Das war die Idee. Deswegen verstehe ich die Beiträge nur sehr schwer. - (StR Monatszeder: Der Vorwurf der Vergreisung ...) - Die Vergreisung habe ich auf mich bezogen! Dass der Antrag, der uns vorliegt, nicht allen vorliegt, wusste ich nicht. Aber jetzt sind wir uns einig, dass wir den Antrag des Referenten inklusive der vorgelesenen Ergänzung beschließen wollen. Dafür wollte ich werben! - (Beifall der SPD)

Der Antrag des Referenten inklusive der vorgelesenen Ergänzung wird **einstimmig beschlossen.**

OB Reiter:

Vielen Dank! Jetzt wünsche ich allen einen schönen Tag, den Geburtstagskindern eine schöne Feier und allen, die auf die Wiesn gehen dürfen oder müssen, viel Spaß! Danke!

- Ende der öffentlichen Sitzung um 11:23 Uhr -

München, 27. September 2017

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll